stachlige ARGUMENTE

Nr 173 / März 2009
Zeitschrift des
Landesverbandes Berlin

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDESVERBAND BERLIN

TITEL
20 Jahre friedliche Revolution

PARTEILEBEN
Wo bleibt das Bündnis?

MENSCHEN UND ZEITEN
Heizpilze: Gift fürs Klima

DEBATTE
Green New Deal

Titelthema

4 **Ein Jahr, das die Welt in ihrem Lauf verändert hat**
von Michael Cramer und Korbinian Frenzel

8 **Eine protestantische Revolution**
Gespräch mit Werner Schulz

10 **Blüten und vertrocknete Blätter**
von Andreas Otto

14 **Zögern mit der Schusswaffe?**
von Oliver Münchhoff

15 **Schön war die Zeit**
von Arkadi Junold

16 **„Ich würde nie sagen: Ich bin nur Osten“**
Gespräch mit Sybill Klotz

18 **Der letzte Erste**
von André Stephan

19 **Liebe Eltern**
von Julia Behrens

Parteileben

20 **Wo bleibt das Bündnis?**
Djuke Nickelsen

23 **Freundschaftliche Atmosphäre**
Gespräch mit Neumitglied Nico Montel

24 **Sachlich, planbar, zielgerichtet**
von Djuke Nickelsen und Antje Fornalski-Murphy

26 **Nur weite Würfe zählen**
Irma Franke-Dressler und Stefan Gelbhaar

28 **Neues aus dem Abgeordnetenhaus**
29 **Neues aus der Kommandantur**
Neues aus der Dirschauer

Debatte

30 **Green New Deal: Rezession erfordert Konjunkturprogrammon**
von Peter Sellin und Ilka Wege

34 **Wege zu einer selbstverwalteten Justiz**
von Dirk Behrendt und Markus Schlaab

35 **Einspruch: Justitia verliert politische Neutralität**
von Volker Ratzmann

36 **Chaos und Willkür in den Jobcentern**
von Ramona Pop

38 **Eine parteipolitische Polonaise**
von Tilo Fuchs

Menschen und Zeiten

40 **Beide Seiten sehen**
Gespräch mit Franziska Eichstätt-Bohlig

41 **Kopf des Quartals: John Maynard Keynes**
von Katrin Langenbein

42 **Nur per Flugzeug in den Westen**
Gespräch mit Hans-Christian Ströbele

44 **Heizpilze: Gift fürs Klima**

46 **Kolumne Grüner Leben**
von Holger Michel

47 **Termine**
LeserInnenbriefe
Impressum

89-09

angestachelt!

Zwanzig Jahre können, je nach Blickwinkel, eine furchtbar lange und zugleich eine sehr kurze Zeitspanne sein. 1989 war ein Jahr, das zweifelsohne die Welt verändert hat. Das Epizentrum lag dabei hier in Berlin. Michael Cramer und Korbinian Frenzel schauen in unserem Leitartikel zurück auf mutige Menschen, linke Irrtümer und eine vernarbte Großstadt mittendrin. Eine Narbe zeigt unser Titelbild: der Schlossplatz ist im Moment nicht wieder zu erkennen. Für viele Menschen ist er zum Symbol geworden. Mit dem Abriss des Palastes der Republik verbinden die einen die Abwicklung der DDR-Geschichte, die anderen das Überwinden einer historischen Sünde.

Für die Landesentwicklung sind zwanzig Jahre wohl zu wenig. Nur einige Blüten, dafür reichlich vertrocknete Blätter erkennt Andreas Otto seit dem Kohl'schen Versprechen von blühenden Landschaften. Wie lang zwanzig Jahre aber auch sein können, macht der Brief von Julia Behrens an „ihre lieben Eltern“ deutlich. Die 19jährige aus dem Landesvorstand der Grünen Jugend fordert als „Kind der DDR ohne Ostmentalität“ mehr Auseinandersetzung mit der Geschichte. Diese Ausgabe der Stachligen Argumente soll ihren Beitrag dazu leisten. Unsere Interviewgäste Werner Schulz, Sibyll Klotz und Hans-Christian Ströbele sprechen mit den Stachligen über Ost-West-Erinnerungen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten und persönliche Verantwortung.

Das Jahr 2009 steht dagegen ganz im Zeichen der Krise: Wirtschaftskrise, Finanzkrise, Klimakrise. Die bündnisgrüne Antwort ist der „Green New Deal“. Peter Sellin und Ilka Wege schreiben für die Stachligen Argumente, warum ein Konjunkturprogramm zur Bekämpfung der Rezession dringend notwendig und unser grüner Deal dabei ein für alle lohnender Handel ist. Unser „Kopf des Quartals“ - John Maynard Keynes – hätte dafür gestimmt.

Die Stachligen Argumente präsentieren sich mit dieser Ausgabe in neuer Optik. Lesefreundlich und locker wollen wir die Offenheit unserer Debatten auch mit frischer Gestaltung zum Ausdruck bringen. Wir hoffen, das gefällt.

Die Redaktionsmitglieder freuen sich über LeserInnenbriefe und Beiträge. Die Debatte ist eröffnet!

Christine Dörner, Katrin Langenbein und Ronald Wenke
Redaktion Stachlige Argumente

Ein Jahr, das die Welt in ihrem Lauf verändert hat

Mutige Menschen, linke Irrtümer und eine Stadt mittendrin
Ein Rückblick auf 1989 und die Jahre der Teilung

Das Jahr 1989 war erst wenige Tage alt, als sich der DDR-Staatsratvorsitzende und SED-Chef Erich Honecker zur Zukunft der Mauer äußerte. Sie werde „noch 50 oder 100 Jahren" stehen, sagte er am 19. Januar jenes Jahres, in dem sie schließlich fallen sollte. Doch es war nicht nur der Zweckoptimismus der Altherrenriege im Osten, der dem Symbol der Teilung Deutschlands noch eine lange Zukunft voraussagte. Auch im Westen war die Realität der Teilung verinnerlicht. Mit der Mauer werde man noch im Jahr 2000 leben müssen, sagte Walter Momper kurz nach Honeckers Ausspruch. Wenige Monate später war er Regierender Bürgermeister von West-Berlin, der mit seinem rot-grünen Senat in die Wiedervereinigung der Stadt stolperte.

Beim Rückblick auf die Zeit, die damals jeden Tag neue Schlagzeilen brachte, merkt man, wie sehr sich die Welt verändert hat. Die „Frontstadt" West-Berlin ist gemeinsam mit der „Hauptstadt der DDR" Sitz der Regierung des vereinten Deutschland. Viele mittel- und osteuropäische Staaten, die bis 1989 durch den Eisernen Vorhang vom Westen Europas getrennt waren, sind heute Mitglied in der Europäischen Union.

Helmut Kohl sprach 1989 in seinem „Zehn-Punkte-Programm" noch vorsichtig von „konföderativen Strukturen" zwischen den beiden deutschen Staaten. Und der erste und letzte freigewählte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière äußerte am 19. April 1990 in seiner Regierungserklärung die vage Hoffnung, bei den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona mit einem gesamtdeutschen Team antreten zu können.

So manche Debatte von damals, manche Ängste vor der Wiedervereinigung und ihre Folgen für das Gleichgewicht und den Frieden in Europa, muss gerade einer jungen Generation fremd vorkommen. Zu einem „Vierten Reich" ist es nicht gekommen – und selbst die Befürchtung, ein vereintes Deutschland würde seine Nachbarn wirtschaftlich erdrücken, hat sich nicht bewahrheitet.

Die Teilung nach dem 2. Weltkrieg

Sie liebe Deutschland so sehr, dass sie weiterhin gerne zwei davon hätte, sagte Margaret Thatcher Ende 1989. Wie viele andere hatte auch sie sich im Status quo des geteilten Europa eingerichtet. Doch die Geschichte der europäischen Spaltung beginnt nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, sondern mit Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939, als die deutsche Wehrmacht in Polen einmarschierte. Ohne den von Nazi-Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg wäre Europa nicht gespalten worden.

Es ist viel darüber spekuliert worden, wann der Zug Richtung deutsche Einheit abgefahren war. Hätte es realistischerweise eine „österreichische Lösung", also Einheit bei Blockfreiheit, geben können? War Stalins Offerte, die berühmten Stalin-Noten von 1952, ein ehrliches Angebot? Fakt ist, dass Deutschland geteilt blieb. Die deutsche Frage wurde im Kalten Krieg eingefroren – mit Stacheldraht und Mauerbau.

Aufstände im sowjetischen Machtbereich

1989 hat die Zeitenwende gebracht, mit der die Nachkriegsordnung von Jalta beendet wurde. Doch ohne die Vorgeschichte von 40 Jahren stillen und lauten Protesten, von gescheiterten Auflehnungen und unterdrückter Opposition, wäre die Dynamik dieses Jahres 1989 nicht möglich gewesen.

Der 17. Juni 1953 in der DDR war der erste Volksaufstand im sowjetischen Machtbereich nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihm folgten die Posener Demonstrationen im Juni 1956, die Revolution in Ungarn im Oktober 1956, der Prager Frühling 1968 und die Charta 77 in der Tschechoslowakei sowie die Entstehung der Solidarnosc-Bewegung in Polen 1980. Die Aktivitäten der Gewerkschaft Solidarnosc, die erfolgreiche Orientierung der Ungarn nach Westen, die Unabhängigkeitsbewegungen in den baltischen Staaten und der Abbau des Stacheldrahts an der ungarisch-österreichischen Grenze durch die beiden Außenminister Guyla Horn und Alois Mock am 27. Juni 1989 bereiteten den Fall des Eisernen Vorhangs in Europa vor.

Gesine Schwan, die zu den wenigen Sozialdemokraten mit Kontakten zur Opposition im Ostblock gehörte, erinnerte sich bei einer Diskussion während der Grünen Sommeruniversität im vergangenen Sommer in Frankfurt/Oder an

die Veränderung, die sie in den 80er Jahren erlebte. „Die Menschen hatten viel weniger Angst vor den Autoritäten", beobachtete die Politikwissenschaftlerin. Sie hätten sich mehr und mehr getraut, ihre Meinung zu sagen und Kritik zu äußern. Das lag vor allem an zwei Entwicklungen:

Der Solidarnosc-Bewegung und der Wahl von Michael Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU. Auch die mutigen Menschen der ersten Stunde, die sich zum Beispiel in Leipzig in der Nikolai-Kirche versammelten, haben den Weg bereitet. Ohne ihre Parole „Wir sind das Volk" hätten es die Massen, die später dann immer öfter „Wir sind ein Volk" riefen, nicht geben können.

Vom Wetter und der grünen Deutschlandpolitik

„Alle reden von Deutschland – wir reden vom Wetter". Dieses Wahlplakat der Grünen im Einheits-Wahlkampf 1990 ist wohl wie kein anderes in die Geschichte der Grünen eingegangen als Beleg für schlechtes politisches Gespür. Und in der Tat haben die westdeutschen Grünen damals deutschlandpolitisch die Chance verpasst, mit einem kritischen Ja den Prozess der Einheit mitzugestalten. Diese kritische Haltung gegenüber der Einheit hatte viel zu tun mit der Deutschtümelei der Konservativen, die beispielsweise auch die West-Grenze von Polen, die Oder-Neiße-Grenze, nicht anerkannten.

Die Sonntagsreden der CDU in Richtung der „Brüder und Schwestern" auf der anderen Seite der Grenze war zu inhaltsleerer Lyrik geworden. Die Sozialdemokraten hingegen hatten sich seit Beginn ihrer richtigen und wichtigen Ostpolitik zu Beginn der 1970er Jahre auf die SED als einzigen und alleinigen Verhandlungspartner versteift und die DDR-Oppositionellen ausgegrenzt.

So sagte z.B. der langjährige Bundessprecher der SPD-Linken, der Berliner Harry Ristock, noch am 22. Oktober 1989 in einem Morgenpost-Interview: „In der DDR wird es nur eine wirkliche Reform mit der und durch die SED geben." Knapp drei Wochen später wurde er eines besseren belehrt. Das war bei den Grünen anders, wo führende Leute wie Petra Kelly und Lukas Beckmann den Kontakt mit den Oppositionellen im Osten dauerhaft aufrechterhielten.

Doch auch die Grünen waren nicht gefeit vor der Arbeitsteilung, die sich zwischen rechts und links in der Bewertung der universalen Gültigkeit der Menschenrechte eingespielt hatte. Die politische Rechte war auf dem rechten Auge blind und die politische Linke auf dem linken. Die einen beklagten die Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion, China und den von ihnen beeinflussten Staaten in Afrika, die anderen stellten die Militärdiktaturen in Südamerika, das Apartheid-Regime in Südafrika oder die faschistischen Diktaturen in Spanien und Portugal an den Pranger. Nur wenige, wie etwa Heinz Brandt, Ralph Giordano, Rudi Dutschke, Wolf Biermann oder Norbert Blüm, setzten gleiche Maßstäbe an alle Regime.

Bündnisgrüne Wege im vereinten Land

Keine Partei hat sich wohl stärker mit ihrem östlichen Gegenüber beschäftigen müssen, als die Grünen nach der Wende. Denn erstens war es alles andere als selbstverständlich, dass die Allianz des Wahljahres aus Bürgerrechtlern im Osten und Ökopaxen im Westen zu einer gemeinsamen Partei führen würde. Wichtige Vertreter von Bündnis 90, wie etwa Matthias Platzeck oder Bärbel Bohley, lehnten dies entschieden ab.

Bei der Bundestagswahl 1990 schaffte nur Bündnis 90 den Sprung ins Parlament, die West-Grünen scheiterten knapp an der 5-Prozent-Hürde. Erst 1993 fanden „Bündnis 90" und „Die Grünen" als Partei offiziell zusammen. Dass Bündnis 90 im Namen zuerst genannt wurde, war ein wichtiges Symbol. Anders als bei den anderen Parteien sollte der Osten nicht einfach geschluckt werden, sondern eine echte Fusion sollte zu einer neuen Partei führen.

Gerade auch mit Blick auf Union und FDP, die sich 1990 die SED-treuen DDR-Blockparteien mit ihren Mitgliedern, ihrer Infrastruktur und ihrem Vermögen einverleibt hatten, obwohl sie mit den „sozialistischen Satellitenparteien" der SED vor dem Fall der Mauer eine herzhafte Abneigung, ja sogar Kontaktsperre verband. So wurde von Bündnis 90/Die Grünen ein Signal gesetzt, wo die Opposition des Herbstes 1989 politisch zu Hause ist.

Davon profitieren die Grünen in Europa auch heute noch. Wenn ich mit den ehemaligen Bürgerrechtlern im EP gemeinsam gegen die Verletzung der Menschenrechte streite, wissen wir, wo unsere Wurzeln sind. Erleben konnte ich das zum Beispiel bei einer gemeinsamen Veranstaltung zum 9. November mit Bronislav Geremek, dem ehemaligen polnischen Außenminister und Solidarnosc-Aktivisten, der für seine Überzeugung im Gefängnis saß. Er sagte: „Wir wussten, Polen ist nur dann frei, wenn Deutschland frei ist. Und solange das Brandenburger Tor verschlossen ist, kann Polen nicht frei sein." Kein Wunder, dass Lech Walesa – anders als Mitterrand und Thatcher – nach dem Fall der Mauer sofort die Wiedervereinigung unterstützt hatte.

Apropos Walesa: Wer hätte denn vor 20 Jahren gedacht, dass dieser Solidarnosc-Aktivist wenig später Staatspräsident eines demokratischen Polen, dass der Sprecher der Charta 77, Vaclav Havel, Präsident der Tschechoslowakei, dass Alexander Dubcek Parlamentspräsident eines aus freien und geheimen Wahlen hervorgegangenen Parlaments sein würde? Dass Vytautas Landsbergis, der unermüdliche Streiter für ein freies, unabhängiges und souveränes Litauen heute – wie selbstverständlich – im Europäischen Parlament das Wort ergreift.

Und dass am 22. November 2005 mit Angela Merkel nicht nur zum ersten Mal eine Frau in das hohe Regierungsamt gewählt wurde. Es ist ein gutes Zeichen für das Zusammenwachsen von Ost und West, dass damit auch mit einem weiteren Novum Geschichte geschrieben wurde: dass eine Ostdeutsche, eine „gelernte DDR-Bürgerin" (Wolfgang Thierse), die Bundesrepublik Deutschland regiert.

Michael Cramer, MdEP
Korbinian Frenzel

Mauerstreifzüge

2009 finden wieder die „Mauerstreifzüge" mit Michael Cramer statt – eine Gelegenheit für Sie, auf dem Rad Geschichte zu erleben.

Die Berliner Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen lädt auch in diesem Sommer zu den „Mauerstreifzügen" unter der Leitung von Michael Cramer ein, damit Sie Berlin auf neuen alten Wegen erkunden, Natur erleben und Geschichte(n) im wahrsten Sinn des Wortes erfahren können.

Die „Mauerstreifzüge" beginnen jeweils um 14 Uhr und finden bei jedem Wetter statt. Sie sind zwischen 20 und 30 Kilometer lang und werden nach Möglichkeit durch eine kleine Rast in einem Biergarten unterbrochen.

Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
www.michael-cramer.eu

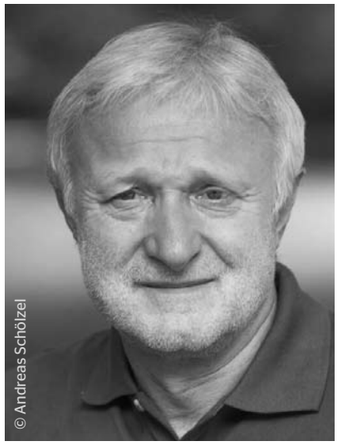
2009

Berliner Mauerweg

30. Mai	Potsdamer Platz (historische Ampel) bis S-Bahnhof Köllnische Heide
13. Juni	S-Bahnhof Köllnische Heide bis S-Bahnhof Adlershof
27. Juni	S-Bahnhof Adlershof bis S-Bahnhof Lichterfelde Süd
11. Juli	S-Bahnhof Lichterfelde Süd bis Volkspark Potsdam
25. Juli	Volkspark Potsdam (Tram „Buga-Park") bis Bahnhof Staaken
8. August	Bahnhof Staaken bis Bahnhof Hennigsdorf
22. August	Bahnhof Hennigsdorf bis S-Bahnhof Hermsdorf
5. September	S-Bahnhof Hermsdorf bis S-Bahnhof Wollankstraße
19. September	S-Bahnhof Wollankstraße bis Potsdamer Platz

Eine protestantische Revolution

Rückblick nach 20 Jahren – Ein Gespräch mit Werner Schulz



Werner Schulz

Stachlige Argumente:
Lieber Werner, herzlichen Glückwunsch zum ausgesprochen aussichtsreichen Listenplatz! Welche Schwerpunkte wirst Du als Bündnisgrüner im Europaparlament setzen?

Werner Schulz:
Ich habe mir vorgenommen, vor allem die Beziehungen und Kooperation zu den Kräften der Zivilgesellschaft in Russland und den Postsowjetstaaten zu verstärken. Hier sind Ansätze und Bündnispartner vorhanden, die unsere volle Unterstützung brauchen, damit aus autokratisch gelenkten Staaten nicht wieder Diktaturen oder totalitäre Systeme werden. Das betrifft Fragen der Demokratieentwicklung, der Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit, schließt aber auch solche Themen wie Klimaschutz, Ausstieg aus der Atomkraft, regenerative Energiegewinnung, Energieversorgung, Energiesicherheit sowie nachhaltiges Wirtschaften mit ein.

Insgesamt geht es darum, die EU auf eine neue Ostpolitik einzustimmen. Der Krieg zwischen Russland und Georgien hat gezeigt, dass Grundvertrauen und historische Versöhnung, wie in Westeuropa gewachsen, im Osten nicht vorhanden sind. Noch immer besteht die Furcht vor gegenseitigen Aggressionen. Deswegen müssen die Kommunikation und die Konzepte der Krisenprävention und Konfliktlösung zielstrebig verbessert werden. Dabei sollte Russland der Dreh- und Angelpunkt einer neuen Entspannungspolitik werden, die dauerhaften Frieden, Abrüstung, Demokratie und Bürgerrechte garantiert. Hier kommt dem Europaparlament eine wichtige Rolle als Impulsgeber und Vermittler zu. Gerade unsere europäische Erfahrung, dass Sicherheit aus Partnerschaft und Souveränitätsverzicht erwächst, sollte den von Putin betriebenen Großmachtbestrebungen Russlands entgegengehalten werden.

Stachlige Argumente:
Unser Heft hat den Titel „20 Jahre friedliche Revolution". Hat die Revolution nicht schon am 17. Juni 1953 begonnen? Und warum ist sie 89 friedlich geblieben?

Werner Schulz:
Sicher, die friedliche Herbstrevolution von 89 hat einen langen Vorlauf. Da gehören auch die Ereignisse von 1956 Ungarn, 1968 Prag, 1980 Polen und etliche gescheiterte Widerstandsaktionen dazu. Aus der späten Geschichtsforschung, die durch die geöffneten Stasi-Archive möglich wurde, wissen wir heute, dass der 17. Juni 1953 zwar ein misslungener, aber – und hier ist der alte Artilleriebegriff angebracht – flächendeckender Volksaufstand in über 700 Ortschaften der DDR war. Kein Aufstand mit Januskopf: also Berliner Bauarbeiterstreik mit faschistischem Putschcharakter, wie Brecht und Hermlin meinten. Sondern es wurden Forderungen nach freien und demokratischen Wahlen, Auflösung der SED-Diktatur und deutscher Einheit gestellt.

Beeindruckende Dokumente, wie der erst kürzlich gefundene Schmalfilm über die Demonstrationen in Leipzig, zeigen eine ähnliche Situation, wie sie sich 1989 wiederholte. Was lange gärt wird Wut, heißt es in einem Volkslied der Vormärzzeit aus dem 19. Jahrhundert. Es scheint eine deutsche Besonderheit zu sein: Die Probleme wurden nicht gelöst, nur verdrängt und mit dem Mauerbau hermetisch abgeschlossen, bis sie sich explosiv entladen haben. Es gehört zu den Kennzeichen einer unfreien und überwachten Gesellschaft, dass zwischen den Akteuren von 1953 und 1989 keine Verbindung bestand.

Wir lernten uns erst nach 1990 in der offenen Gesellschaft kennen. Die Opposition der 80er Jahre waren vorwiegend in der DDR aufgewachsene 30- bis 40-jährige Frauen und Männer, deren biographische Erfahrungen nicht mehr mit der Gründungsphase dieses Staates und dem frühen Widerstand in der SBZ/DDR verbunden waren. Dass die Revolution friedlich verlief, lag neben vielen anderen Einflussfaktoren vor allem an zwei ausschlaggebenden Momenten:

1. Dass die Revolution ihrem Charakter nach eine protestantische Revolution war. Dieses lutherische Bekenntnis: Hier stehe ich und kann nicht anders. Ausgangspunkt waren in fast allen Städten die evangelischen Kirchen, wo sich die Widerspenstigen zum Protest versammelten. Nie die Rathäuser, Theater, Kulturhäuser, Clubs oder gar Universitäten. Die überwiegend protestantische Sozialisation der DDR-Opposition brachte das bestimmende Handlungsmotiv „Keine Gewalt" in die Revolution. Die kürzeste und prägnanteste Zusammenfassung der Bergpredigt.

2. Revolutionen ereignen sich dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen. Das war im Oktober 89 der Fall. Das Politbüro war durch den Umsturz von Krenz und Schabowski gelähmt, wodurch die vorgesehenen Befehlsketten und Maßnahmen nicht ausgelöst wurden und die große Leipziger Montagsdemo am 9. Oktober den Durchbruch brachte.

Stachlige Argumente:
Welche Rolle haben die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 89 bei der Mobilisierung der Bevölkerung gespielt?

Werner Schulz:
Diese Kommunalwahlen wirkten wie ein lang ersehnter Aufbruch. Begonnen hatte dies mit einem Aufruf zum Wahlboykott. Das jahrzehntelang praktizierte „Zettelfalten" sollte beendet werden. Daraus entwickelte sich die Idee, die Wahl zu kontrollieren. Es war aufgrund des Unmutes in der Bevölkerung und der vielen Ausreiseanträge, die Schätzung lag bei etwa 300 000, mit enormer Wahlenthaltung bzw. relevanten Gegenstimmen zu rechnen. Die Auszählung der Stimmen erbrachte dann auch eine extreme Abweichung zu dem von Egon Krenz offiziell verkündeten Wahlergebnis. Die eklatante Wahlfälschung löste landesweite Proteste, eine Flut von schriftlichen Eingaben, Fürbitte-Andachten und Mahnwachen in den Kirchen aus. In Berlin und anderen Städten der DDR kam es dann jeweils am 7. Tag der Folgemonate zu Protestaktionen, an denen sich immer mehr Menschen beteiligten.

Stachlige Argumente:
Für das NEUE FORUM warst Du beim Zentralen Runden Tisch der DDR und hast am Verfassungsentwurf mitgearbeitet. Was waren Deine Hoffnungen damals?

Werner Schulz:
An erster Stelle, dass wir der SED freie und geheime Wahlen abringen, denn das war die Hauptforderung der friedlichen Revolution. Aus den drei Buchstaben DDR sollte endlich eine Deutsche Demokratische Republik werden, deren Bürgerinnen und Bürger, und nicht mehr die SED-Parteiführung über die weitere Zukunft entscheiden. All unsere Vorstellungen über Bürger- und Freiheitsrechte, Mitbestimmung, gesellschaftliche Institutionen flossen in den Verfassungsentwurf ein und meine Hoffnung war, dass wir dieses Vermächtnis des Runden Tisches auch über Art. 146 GG („...das sich das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine Verfassung gibt") in die deutsche Einheit und eine gesamtdeutsche Verfassung einbringen.

Stachlige Argumente: Wie betrachtest Du die Zeitenwende heute?

Werner Schulz:
Als ein großes Glück und eine enorme Chance. Noch nie hatte eine Generation aus eigener Kraft die Freiheit errungen und danach die Möglichkeit, ein in Frieden, Demokratie und Wohlstand geeintes Europa aufzubauen. Manchmal zwickt es mich noch, als Beweis dafür, dass dieser Menschheitstraum Wirklichkeit ist.

Das Gespräch führte Katrin Langenbein (Das vollständige Interview ist unter www.stachlige-argumente.de zu lesen)

© CC Ken Marshall

Blüten und vertrocknete Blätter

Ein kritischer Blick auf die Landesentwicklung seit 1990

Am 18. März 1990 entschied sich die übergroße Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der DDR bei der ersten freien Wahl für jene Parteien, die eine zügige Vereinigung mit der alten Bundesrepublik und blühende Landschaften versprachen. Die Allianz für Deutschland (CDU, Demokratischer Aufbruch, Deutsche Soziale Union) erreichte 48 Prozent, die SPD 22, der Bund Freier Demokraten 5, insgesamt also 75 Prozent – ein deutliches Zeichen.

Was viele dabei vielleicht nicht im Blick hatten, war der darauf folgende Prozess des wirtschaftlichen Niedergangs ganzer Regionen und parallel dazu das Abwandern von Hunderttausenden in die alten Bundesländer. Der Umtauschkurs für DDR-Mark gegen DM im Zuge der Währungsunion im Sommer 1990 (1:1 bzw. 2:1) und die Politik einer schnellen Lohnangleichung auf hohem Niveau hatten den DDR-Bürger mit seinen persönlichen Finanzen und als Wähler im Fokus.

Für die nicht wettbewerbsfähigen Staatsbetriebe waren die finanzpolitischen Bedingungen eine erdrückende Hypothek. Aber eine gegenteilige Politik – Niedriglohn und ein anderer DM-Kurs (3:1 oder 4:1 waren in der Debatte) – hätte zwar die Industriebetriebe im Transformationsprozess deutlich gestärkt, jedoch vermutlich eine noch gewaltigere Wanderungsbewegung in die westlichen Bundesländer induziert. Die „einzig richtige" Lösung gab es in der historischen Ausnahmesituation nicht.

Und jetzt nach 20 Jahren? Nur 46 Prozent der Ostdeutschen konstatieren Anfang 2009 eine Verbesserung ihrer persönlichen Lebensverhältnisse gegenüber dem Leben in der DDR. 1989 hofften 71 Prozent auf Besserung. Joachim Gauck hat dies vor einigen Jahren mit dem Satz kommentiert: „Wir träumten vom Paradies und wachten auf in Nordrhein-Westfalen." Bis heute ist soviel passiert. Trotz vielfach schlechter Startbedingungen haben Bürgerinnen und Bürger aus der DDR ein Höchstmaß an Flexibilität und Lernbereitschaft offenbart. Wenn auch nicht alle, so doch ein riesiger Anteil.

Im Vergleich zu einigen Gegenden in Tschechien oder Polen hat sich Ostdeutschland stark entwickelt. Sanierte Wohnungen, Gewerbegebiete, Dorferneuerungsprogramme, frischer Asphalt durch Städte und Dörfer, nicht zu vergessen die allerorten neuen Garagen der Freiwilligen Feuerwehren – es wurde investiert. Nur, ob es immer die richtigen Investitionen an den richtigen Stellen waren, hierüber gehen die Meinungen auseinander. Wer die jährlich erscheinenden Berichte der Bundesregierung zur Deutschen Einheit studiert, der stellt fest, dass eine Angleichung der Verhältnisse Ost an West noch lange nicht erreicht ist und zumindest in absehbarer Zeit im Sinne der Erfinder auch nicht erreicht werden kann.

Gleichheit mit … und wo?

In ihren ersten Landesentwicklungsprogrammen und Planwerken sind die neuen Bundesländer vom Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse ausgegangen. Der Artikel 72 des Grundgesetzes bildet dafür die Basis. Lange herrschte die juristische und haushaltspolitische Auffassung vor, an allen Orten in Deutschland müssten gleiche Bedingungen im Hinblick auf Versorgung, Bildung, Gesundheitswesen, Kultur und andere Güter herrschen oder zumindest angestrebt werden. Die Regierungen der neuen Bundesländer versuchten mit Milliardeninvestitionen die Städte und Dörfer in den Stand der westdeutschen Länder zu versetzen. Es ging um Ansiedlung und Arbeitsplätze. Und dafür ist eine Infrastruktur notwendig.

Allein der Solidarpakt I von 1995-2004 hatte zusätzliche Bundesmittel von insgesamt 106 Milliarden Euro in die Neuen Länder gebracht, der Solidarpakt II umfasst von 2005-2019 noch einmal 156 Milliarden Euro. Dieses Geld soll u.a. helfen, die Infrastruktur auf ein den Westländern vergleichbares Niveau anzuheben. Wie groß die sogenannte Infrastrukturlücke aber ist und wie man sie eigentlich ermittelt, darüber streiten sich die Geister. Trotzdem ist diese Frage aktueller denn je. Denn Bevölkerungsrückgang und das langsame Sterben von Dörfern und Kleinstädten ist nicht mehr nur ein Phänomen des Ostens.

Die Frage, wie viele Bürgerinnen und Bürger eine Schule oder eine Arztpraxis rechtfertigen, stellt sich auch in einzelnen Regionen der alten Bundesrepublik, denn für Deutschland insgesamt wird bis 2050 ein Bevölkerungsrückgang auf 75 bis 67 Millionen EinwohnerInnen vorhergesagt, je nach kalkulierter Lebenserwartung und angenommener Zuwanderung. Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen geht bereits heute signifikant zurück und auch innerhalb der Länder verändert sich die lokale Bevölkerungsdichte drastisch. Das Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig spricht von der **„fast flächendeckenden demographischen Schrumpfungslandschaft Ostdeutschlands".**

Aus dieser bilden sich einzelne Wachstumsinseln heraus, als da wären Berlin/Potsdam, Dresden, Leipzig, Rostock und die thüringische Städtereihe Jena-Weimar-Erfurt, welche aufgrund der Kombination von Wirtschaft und Wissenschaft, gepaart mit ihrem positiven Image, als Motoren eingeschätzt werden. Diese Motoren strahlen auf ihre nächste Umgebung aus. Aber die zu Beginn der 90er Jahre erhofften Wachstumsüberschüsse, die auf andere Teile der jeweiligen Länder verteilt werden könnten, entstehen bis heute nicht. Dieser Wunsch wird ein Wunsch bleiben.

Soziale Gerechtigkeit, die in der politischen Debatte meist auf unterschiedliche Einkommens- und Bildungsschichten bezogen wird, hat in diesem Diskurs die territoriale Ungleichheit zum Gegenstand. Die Gesellschaft muss erkennen, dass die Lebensbedingungen in Stadt und Land, in Metropole und Peripherie ungleich sind. Trotzdem gilt es, vorhandene Stärken herauszufinden und zu nutzen. Softwareproduktion, Tourismus oder Biolandbau sind auch ohne Gewerbegebiet und Gymnasium möglich.

Landesplanungen korrigiert

Die fünf neuen Länder haben etwa ab 2003 ihre Planungen überprüft und zum Teil neu ausgerichtet. Die neuen Landesentwicklungspläne und -programme sind die Basis für das Fließen von Fördermitteln. Ob Solidarpaktmittel oder EU-Gelder – die Einstufung einer Stadt als Zentrum oder als peripher entscheidet über die Fördermittelkulisse. Die Bestandsaufnahme zeigte, welche Gebiete eine klassische

Perspektive haben könnten und wo dies ungewiss ist. Kleine Städte wie Hoyerswerda, Weißenfels oder Anklam zeugen von dem mühsamen Prozess, nach dem wirtschaftlichen Umbruch überhaupt eine Art ökonomischer Basis auszubilden und gleichzeitig die urbanen Strukturen für sehr viel weniger Bewohnerinnen und Bewohner als noch 1990 anzupassen.

Das Verabschieden von alten Wachstumshoffnungen fällt unendlich schwer. Wer möchte auch den Einwohnern von Wittenberge mitteilen, dass die Einwohnerzahl sich in den nächsten zehn Jahren erneut halbieren wird und irgendwann die letzte Oberschule mangels Publikum dicht macht. Zumal in viele Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen Millionen an Steuergeldern geflossen sind. Anfangs per Gießkanne, später etwas differenzierter. Angesichts aktueller Milliarden-Konjunkturprogramme besteht erneut die Gefahr, Bauten zu sanieren, die in 10 oder 20 Jahren abgerissen sind oder leer stehen. Letzteres gilt allerdings nicht nur in schrumpfenden Regionen, sondern überall dort, wo angesichts der Finanzkrise die öffentliche Verwaltung krampfhaft Geld ausgeben will.

Die Länder Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben ihre Planungen radikal verändert. Dabei wurde die Anzahl der Zentren, also der Orte mit überörtlichen Funktionen, reduziert und z.T. eine neue Klassifizierung vorgenommen. Dieses Umsteuern ist richtig und muss konsequent durchgehalten werden. So hat der Freistaat Sachsen mit seinem Landesentwicklungsplan von 2003 vor allem die Stärkung der Oberzentren Leipzig, Dresden und Chemnitz im Blick. Die Planung soll einen Umbauprozess befördern, der in erster Linie eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur und daraus abgeleitet verbesserte Lebensbedingungen zum Ziel hat. Mecklenburg-Vorpommern hat mit seinem Landesentwicklungsprogramm von 2005 auch die Prioritäten des Rückbaus festgelegt. In den definierten Zentren wird zuletzt reduziert. Wenn alle anderen Orte bereits keine Infrastruktur mehr haben. Rückbau ist die moderne Umschreibung für Abriss und Neuordnung, wie er z.B. im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ gefördert wird.

Speckgürtel-Land Brandenburg

Besonders radikal ist das Umsteuern der Landesentwicklung in Brandenburg. Das unter Ministerpräsident Manfred Stolpe entwickelte Modell der „Dezentralen Konzentration“ sah eine breite Förderung der einzelnen Regionen Brandenburgs vor. Auch relativ weit von Berlin entfernte Städte sollten entwickelt werden, um auf das jeweilige Umfeld ausstrahlen zu können. Öffentliche Einrichtungen, wie z.B. Hochschulen und Gerichte, wurden in diese Zentren verlegt und sollten zur strukturellen Stabilisierung beitragen.

Doch die private Wirtschaft zog nicht nach. Weder die alten und stark subventionierten Großbetriebe in Frankfurt, Eisenhüttenstatt oder Premnitz funktionierten auf Dauer, noch kamen nennenswert neue Ökonomien hinzu. Brandenburg entwickelt sich, was Industrie und Dienstleistung anbelangt, fast ausschließlich im Speckgürtel von Berlin. Die Brandenburger Landesregierung hat demzufolge ihre Förderpolitik neu justiert. Die Finanzkrise des Landes zwingt dazu, Geldmittel nur noch dort einzusetzen, wo sich tatsächlich Wirtschaft entwickelt. „Weniger werdende Mittel breit zu streuen, ist nicht sinnvoll“ heißt es aus dem Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung.

Brandenburg steht in den Landkreisen um Berlin herum in direktem Wettbewerb mit der Hauptstadt um Gewerbeansiedlung und Vororte für ländliches Wohnen. Die gemeinsame Landesplanung ist gerade dabei, im neuen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg das Umland der Hauptstadt in eine Art Gewerbeflächenring umzuwandeln. Alle Freiflächen, die nicht als geschützte Grünflächen festgesetzt sind, wie etwa im Landschaftspark Barnim, können in Ansiedlungsflächen für Unternehmen umgewidmet werden.

Auch wenn die neue Strategie grundsätzlich zu unterstützen ist, so geht diese Planungspraxis über das Ziel hinaus. Denn dabei wird übersehen, dass Brandenburgs großes Kapital seine Landschaft ist. Eine adäquate Landesentwicklung muss differenziert vorgehen. Den Speckgürtel als Gewerbe- und Wohnstandort so entwickeln, dass Landschaft und Landwirtschaft ebenfalls Gewinner sind. Und zwar auch in der Prignitz!

Was tun?

Die Landesentwicklung in den neuen Ländern braucht klare Prioritäten, denn bis zum Ende des Solidarpaktes II im Jahre 2019 sind es nur noch zehn Jahre. Bis dahin müssen alle Regionen und Kommunen ihre Perspektive entwickelt haben. Ungleichheit in der Förderung und Entwicklung ist dabei eine Ausgangsbedingung. Angesichts zurückgehender Bevölkerungszahlen und Fördermittel sind Realitätssinn und Kreativität gefragt. Ob ein Ort als gestärktes Zentrum, geschrumpfte Kleinstadt oder Dorf mit Biokommune aus diesem Prozess hervorgehen soll, muss kurzfristig feststehen. Es gibt keine Denkverbote und die Zeit läuft!

Andreas Otto, MdA

Tabelle mit Bevölkerungszahlen der Bundesländer:

	Berlin	Brandenburg	Mecklenburg Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen		Baden-Württemberg	Nordrhein-Westfalen	Saarland	Gesamt	nur West-Deutschland	nur Ost-Deutschland
1991	3.425	2.567	1.913	4.730	2.859	2.598		9.859	17.384	1.074	79.828	61.736	18.092
1999	3.394	2.591	1.796	4.480	2.668	2.458		10.428	17.974	1.073	82.024	64.637	17.387
2004	3.387	2.569	1.729	4.315	2.517	2.369		10.694	18.070	1.060	82.490	65.604	16.886
2007	3.408	2.541	1.687	4.235	2.428	2.300		10.745	18.012	1.041	82.257	65.658	16.599
Bevölkerungsverluste nach Zeiträumen													
1991-2007	-0,5%	-1,0%	-13,4%	-11,7%	-17,8%	-13,0%		8,2%	3,5%	-3,2%	3,0%	6,0%	-9,0%
1991-1999	-0,9%	0,9%	-6,1%	-5,3%	-6,7%	-5,4%		5,8%	3,4%	-0,1%	2,8%	4,7%	-3,9%
2000-2007	0,7%	-2,3%	-5,5%	-4,8%	-8,1%	-5,9%		2,4%	0,1%	-2,8%	0,1%	1,2%	-4,1%
2004-2007	0,6%	-1,1%	-2,5%	-1,9%	-3,7%	-3,0%		0,5%	-0,3%	-1,8%	-0,3%	0,1%	1,7%

Zögern mit der Schusswaffe?

1989: Ein System zwischen Gewalt und Ratlosigkeit

© Stephan Mosel

Das Staatssystem DDR ist gegangen, die Gewalttaten sind geblieben: Von 1961 bis 1989 ließen 133 Menschen an der Berliner Mauer und über 700 an der innerdeutschen Grenze ihr Leben. Von Günther Litfin, erschossen am 24. August 1961, bis zu Chris Gueffroy, erschossen am 5. Februar 1989, zieht sich ein Faden der Gewalt, der weder vor Leben, noch vor der Zerstörung der sozialen Existenz halt machte, um das eigene System zu stützen. Ein System, dass wie im Fall Manfred Weylandt, erschossen beim Fluchtversuch am 14. Februar 1972, den zwei ausführenden Bewaffneten bescheinigte, „exakt" auf der Grundlage der Schusswaffengebrauchsbestimmung gehandelt zu haben und neben „Leistungsabzeichen" auch noch 150 Mark Prämie pro Kopf als Sonderboni gewährte.

„Am Montag wird mit der Konterrevolution Schluss gemacht", textete eine Leipziger Tageszeitung – „wenn es nicht anders geht, mit der Waffe in der Hand" – am Tag vor der Leipziger Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989. Dennoch läuteten 70 000 Menschen mit Kerzen und Gebeten zwei Tage nach der Parade zum 40-jährigen Bestehen der DDR ihr Ende ein, ohne dass es zu einem Blutvergießen kam. In den Geschichtsbüchern wird eine friedliche Revolution verzeichnet werden.

Wie kam es dazu, dass die Waffen der gerüsteten Polizei schwiegen und Panzer unverrichteter Dinge abzogen? Die augenscheinlichste Erklärung findet sich vor Ort: Bewaffnete erwarten Bewaffnete, um den Einsatz der eigenen Bewaffnung zu legitimieren. Platzverweise, eingeleitet mit einem „Hier ist die Volkspolizei", wurden von der Kerzen tragenden Menge mit dem Ruf „Wir sind das Volk" beantwortet. Eine gewalteskalierende Polarisierung unterblieb.

Auch wenn die SED nach wie vor über einen hochgerüsteten Repressionsapparat verfügte, genügte dieser im Herbst 1989 nicht mehr, um die Machtkrise zu bewältigen. Die politische Führung versank in Ratlosigkeit. Konnte 1953 noch die Verteidigung des Aufbaus eines Gesellschaftssystems, die Überwindung des Nationalsozialismus und der äußere Feind den Waffeneinsatz legitimieren, hatte der Staat nun nichts mehr zu bieten, außer Inhaber eines Repressionsapparates zu sein.

So wie die Polarisierung von Systemen mit einem einfachen Gut und Böse 1989 keinen Erfolg mehr hatte, scheiterte sie auch nach innen: Die Maueropfer waren Einzelne, die Unterdrückung Oppositioneller durch die Staatssicherheit geschah weitestgehend geräuschlos, die Opfer konnten als Staatsfeinde diffamiert werden. Der Apparat hatte es aber nun nicht mehr mit Einzelnen zu tun, sondern musste sich immer wieder mit öffentlich auftretenden Bevölkerungsmassen auseinandersetzen. Wie sollte es den Ausführenden der Staatsgewalt von Volkspolizei und Volksarmee vermittelt werden, dass das hohe Gut des sozialistischen Staates zu verteidigen sei, wenn das höchste Gut, nämlich sein Volk, diesen Apparat nicht mehr wollte?

Eine wesentliche Entscheidung stand für Funktionäre und Offiziere an: Neben Ängsten in der konkreten Gewaltauseinandersetzung, ist ein zweites sicher ausschlaggebend gewesen: Trotz Unterschieden von Demonstranten und Offiziellen teilte man doch die Erfahrungen der gelebten Welt. Beginnend beim täglichen Einkauf, währenddessen man die gleichen Schlager summte, über die standardisierte Wohnzimmereinrichtung bis hin zum Traum vom Auto aus der gleichen Produktion spannt sich ein gemeinsamer Horizont der Alltäglichkeiten. Im kulturellen Sinne mögen so die Worte Volks-polizei/armee eben doch ein gelebten Kern gehabt haben.

„Zögern Sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe", lautete eine Anweisung von 1971, die sich auf fliehende Grenztruppensoldaten bezog. Dass diese Anweisung keinem allgemeinen Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze gleichkam, half der Witwe von Manfred Weylandt 1972 nichts. Ihr wurde auf Ihre Vermisstenanzeige hin mitgeteilt, er habe Selbstmord begangen, die Leiche sei bereits eingeäschert und beigesetzt; die Grabkarte könne am Friedhof Baumschulenweg abgeholt werden.

1972 war von der Ratlosigkeit des Systems wie im Jahre 1989 noch nichts zu spüren. Wie die Angehörigen danach weiterlebten, war nur Gegenstand der Staatsräson und blieb Schicksal des Einzelnen. Aber wie hätte ein Weiterleben für die Überlebenden, egal welcher Seite, nach einer Niederschlagung von Massendemonstrationen stattfinden können? Die Freude über eine friedliche Revolution kann unter diesem Hintergrund nur mit einem Gedenken an alle Opfer offener und versteckter Gewalt des DDR-Regimes möglich sein.

Denn was Einzelnen als Leid aufgebürdet wurde, ist den Vielen der Straße im Jahre 1989 glücklicherweise nicht angetan worden.

Oliver Münchhoff

Schön war die Zeit?

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer gibt es einen zunehmenden Bedarf, sich unabhängig von Herkunft und von Parteizugehörigkeit mit der DDR auseinanderzusetzen. Eine neue Generation wächst heran, für die Mauer und DDR-Alltag weit weg erscheinen. Bezeichnend für den Umgang mit der DDR ist der immer wieder unternommene Versuch, Geschichte umzuschreiben. Zuletzt ist dies 2006 bei einer Veranstaltung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen zu erleben gewesen. Hier haben ehemalige Stasi-Funktionäre den diktatorischen Charakter ihres Staates und damit auch ihrer eigenen Tätigkeit geleugnet. Leider ohne dass der anwesende Kultursenator, Dr. Thomas Flierl (Die LINKE), sich genötigt sah, korrigierend einzugreifen.

Zugleich können viele ehemalige Ostdeutsche bis heute keine Identifikation mit dem bundesrepublikanischen System aufbringen. Migrant im eigenen Land zu sein, ist ein weit verbreitetes Gefühl. Pauschale Herabsetzung aller DDR-Einrichtungen – etwa im Sozialen oder in der Bildung – treibt Menschen in die innere Entfremdung und in „Ostalgie".

Gründe genug also, dass sich Bündnis90/Die Grünen in der Veranstaltungsreihe „Schön war die Zeit...?" gemeinsam mit dem „Forschungsverbund SED-Staat" der FU Berlin mit den einzelnen Aspekten der DDR auseinandersetzen. Diese Veranstaltungsreihe soll auch das Verständnis der einen für die jeweils andere Seite fördern – und gleichzeitig Objektivität gewährleisten. Die Themen der Veranstaltungen sind breit gestreut, um viele relevante Bereiche der DDR-Geschichte zu behandeln. Das Podium aus Zeitzeugen mit unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Richtungen gewährleistet eine große Bandbreite der Geschichtsinterpretation.

Die nächste Veranstaltung am 13.05.2009 behandelt die Umweltpolitik in Groß-Berlin. Abschließend wird am 07.10.2009 als Resümee der Reihe ein zusammenfassender Blick auf den Umgang mit der DDR-Geschichte gewagt. Die offenen Veranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr und finden im Abgeordnetenhaus statt.

Arkadi Junold

Ich würde nie sagen: Ich bin nur Osten

Sibyll Klotz ist für Bündnis 90/Die Grünen Stadträtin im Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin. Vor der Wende lebte sie im Ostteil der Stadt. Das ehemalige SED-Mitglied sagt heute, die Zeit im Osten und im Westen habe sie gleichermaßen geprägt.

Sibyll Klotz

Stachlige Argumente:
20 Jahre nach dem Mauerfall – Sind wir eine gespaltene Gesellschaft?

Sibyll Klotz:
Ja, aber mehrfach – in Stadt und Land, Arm und Reich. Aber eben auch immer auch noch in Ost und West.

Stachlige Argumente:
Wie hast Du die Jahre vor der Wende erlebt?

Sibyll Klotz:
In gewissem Maße habe ich mich mit der DDR identifiziert – nicht mit den Zuständen, aber mit den Zielen. Ich war in der SED, hatte aber keine Funktion. Ich habe mich über das aufgeregt, worüber sich alle aufgeregt haben: die Intransparenz, die fehlende Meinungs- und Pressefreiheit oder die Unfähigkeit zu Reformen. Ich wollte die DDR nicht abschaffen, ich wollte sie verändern.

Stachlige Argumente:
Du warst Wissenschaftlerin?

Sibyll Klotz: Ich habe zunächst an der Charité eine Philosophieausbildung mit hohem M/L (Marxismus/Leninismus Anm.d.Verf.) -Anteil für Medizinstudierende gemacht, war aber dann für meine Dissertation freigestellt. In dieser Zeit habe ich auch mein Kind bekommen und war dann Richtung Lehre und Wissenschaft nicht mehr viel unterwegs. Zu Wendezeiten war ich in der sozialen Gerontologie der Charité beschäftigt.

Stachlige Argumente:
Würdest Du sagen, Du bist Teil einer Frauenbewegung in der DDR gewesen?

Sibyll Klotz:
Klar! Wenn mit Frauenbewegung nicht nur die Organisationsform gemeint ist.

Stachlige Argumente:
Wie sah das aus?

Sibyll Klotz:
Es fing damit an, dass ich aus einem Elternhaus mit Mutter und Großmutter kam, die mir beide von Anfang an klar gemacht haben: „Erstens Bildung und zweitens sieh ja zu, dass Du in Deinem Leben immer Dein eigenes Geld verdienst." Aber selbst bei den beiden und in der ach so emanzipierten DDR bin ich damit schon an reichlich Grenzen gestoßen. Die DDR-Frauen waren zwar insgesamt selbständiger und unabhängiger als die Frauen in der alten Bundesrepublik. Denn Frauen, die die Hälfte des Familieneinkommens beitragen, reden anders mit, als wenn sie mit null beteiligt sind. Aber dennoch gab es eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vom Feinsten. Und in den Gremien – egal welchen – hielt sich die Zahl der vertretenen Frauen auch in Grenzen. Eine Reflexion über diesen „Nebenwiderspruch der Klassenfrage, die es zu lösen galt", sollte es aber nicht geben.

Stachlige Argumente:
Wie ist man damit dann umgegangen?

Sibyll Klotz:
Es gab diese Auseinandersetzung etwa in der Literatur oder im Film. Maxi Wander, Irmtraud Morgner und andere Schriftstellerinnen haben das Geschlechterverhältnis in der DDR kritisch reflektiert. Die gesellschaftskritische Bedeutung von Büchern war eine ganz andere als heute. Wenn ein Buch von Christa Wolf herauskam, war es so gut wie nicht zu bekommen oder nur über die berühmten Beziehungen. Das war vielleicht keine organisierte Frauenbewegung wie nach 89. Aber es gab kritische Frauen aus der Wissenschaft, den Kirchen oder der Kultur, die vorgearbeitet hatten und sich dann in der Wendezeit im Unabhängigen Frauenverband zusammen gefunden haben – ergänzt durch die vielen, die auch wollten, dass in diesem gesellschaftlichen Umbruch die Interessen der Frauen nicht unter den Tisch fallen.

Stachlige Argumente:
Haben zu wenige Versuche statt gefunden, DDR-Eliten – vielleicht auch außerhalb der Politik und Verwaltung – in die neue Republik einzugliedern?

Sibyll Klotz:
Ich war damals weder für den Beitritt nach Artikel 23, noch für diese schnelle Währungsunion. Ich wollte eine besonnene Transformation. Rückblickend gab es aber keine Alternative zu dem schnellen Beitritt. Die Leute wollten einfach nicht mehr warten. Sie wollten dasselbe Geld, dieselbe Regierung, dasselbe Land. Damit waren bestimmte Weichen gestellt. Die Regeln, die auf einmal herrschten, wichtige Kontakte, die Produkte die produziert wurden, die Verlage, die Architektur – mit einem Schlag galten nur noch die Propheten des Neuen.

Stachlige Argumente:
Du bist nun als verantwortliche Politikerin im Tempelhofer Rathaus gelandet. Spielt die Herkunft hier noch eine Rolle?

Sibyll Klotz:
Wenn, dann wird es nicht an mich herangetragen, aber ich denke auch, dass es tatsächlich keine Rolle mehr spielt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Verwaltung erfahren mich mit meinem Wissen, meiner Art und meinen Überzeugungen von heute. Sie wissen sicherlich von meiner Ost-Herkunft, aber nach meiner Einschätzung spielt das keine negative Rolle. Ich fühle mich hier sehr offen aufgenommen. Außerdem gibt es hier etliche Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten. Trotzdem gab es anfangs auch erstaunte Ausrufe: „Dass Du Dich das traust, in eine West-Behörde als Leiterin zu gehen!"

Stachlige Argumente:
Während es nichts Besonderes ist, aus dem Westen zu sein und im Osten zu verwalten?

Sibyll Klotz:
Genau, schließlich sind die Verwaltungskulturen aus den alten Bundesländern in den Osten exportiert worden. Wir erinnern uns an Länder-Patenschaften, Buschzulagen, die Karrieresprünge für Beamte, die plötzlich möglich waren. Deswegen ist nach wie vor der umgekehrte Weg – Leute mit Westherkunft in Leitungspositionen von Ostverwaltungen – die Normalität.

Stachlige Argumente:
Also kein Unterschied in der Herangehensweise?

Sibyll Klotz:
Ich würde heute nicht mehr sagen: Ich bin nur Osten, und das allein prägt meine Herangehensweise. Demnächst werde ich 48 Jahre alt und war 28, als die Mauer fiel. Ich bin damals offen und neugierig losgegangen und fand alles hoch spannend, was diese Stadt auf einmal alles für mich an Erfahrungen und Möglichkeiten bereit hielt. Die letzten 20 Jahre haben mich vielleicht sogar mehr geprägt als die 28 Jahre davor. Was ich aber nach wie vor für eine ostdeutsche Besonderheit halte: Es gibt seltener den Drang, die eigene Person und Persönlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Das macht es in der Politik schwer, weil man dort Medien und Menschen mit genau dieser Portion an Selbst- und Geltungsbewusstsein erreichen muss. Das Zweite, was ich in der Politik immer noch für ostspezifisch halte, ist der Wunsch, überparteilich etwas zu bewegen, überparteilich im Gespräch zu bleiben. Daran kann ich mich besonders aus den Anfangsjahren im Abgeordnetenhaus gut erinnern.

Stachlige Argumente:
Sibyll Klotz, vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führten André Stephan und Ronald Wenke
(Das vollständige Interview ist unter www.stachlige-argumente.de zu lesen)

Der letzte Erste

Manche Karrieren gingen nur scheinbar mit dem Mauerfall zu Ende. Das Beispiel von Heinz Vietze zeigt, dass es auf Amtsbezeichnungen mitunter gar nicht ankommt.

Vielleicht war es, weil er vor allen anderen da war. Höchstens ein paar Pförtner des „Kreml“ arbeiteten noch länger auf dem Potsdamer Brauhausberg. Und das auch nur, weil sie nach 89 ihren Schreibtisch in der SED-Bezirksleitung, die das „Kreml“ genannte Gebäude vor dem Landtag Brandenburg beherbergte, gegen das Wachmann-Mäntelchen tauschen mussten.

Heinz Vietze jedenfalls war eher da als die Abgeordneten und Ministerialen in den Landtagsfluren, er musste auch in keine neue Rolle wechseln. Während öffentlich scharf Auseinandersetzungen der PDS mit ihrer Vergangenheit in der DDR gefordert wurde, inventarisierten die Parteien in Brandenburg den ehemaligen FDJ-Funktionär und letzten Chef der SED-Bezirksleitung Potsdam schleichend.

Vietze war der Mann, der die Mehrheiten bei der PDS organisierte, der jeden und alles kannte und direkten Zugang zu jedem Winkel der Partei herstellen konnte – vom Ortschef in Guben bis zu Gregor Gysi.

Als Integrations- und Leitfigur der PDS gern akzeptiert, war er für die Stolpes und Schönbohms eine bequeme One-Stop-Agency

Vietze sei „Garant für verlässliche Absprachen“, zitierte eine Zeitung Finanzminister Rainer Speer noch 2008. Dabei war er es, der gemeinsam mit anderen Bürgerbewegten durch Vietze auf Stasi-Listen geraten war.

Nach der Wende ging ohne den Gesellschaftswissenschaftler und gelernten Dreher kaum eine Personalie oder Entscheidung in der PDS über die Bühne. Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer wusste sein Instrumentarium subtiler Einflussmöglichkeiten gezielt einzusetzen. Nach einer missliebigen Äußerung rief er schon mal zwischen 6 und 7 Uhr an und rief den Betreffenden zur Räson. Er sorgte dafür, dass die Partei pluralistisch aber geschlossen wahrgenommen werden konnte.

Doch statt seine Methoden als stalinistische Überbleibsel zu geißeln, imponierte die „Gabe der Machtausübung“ den nach der Wende in diesen Dingen eher ungeschulten Spitzen der übrigen Parteien offenbar. Durch diese Akzeptanz konnte die PDS zur „verfassungsgebenden Partei in Brandenburg“ werden, wie sie Vietze immer wieder gern nannte. Wahr ist, dass das am 14. Juni 1992 in einer Volksabstimmung als Landesverfassung angenommene Dokument von allen Landtagsparteien – der Ampelkoalition, der CDU und PDS – erarbeitet wurde. Von nun an konnte die Partei belegthaft auf ihre demokratische Läuterung verweisen.

Für die tiefe Auseinandersetzung blieb bei so viel Demokratie wenig Platz. Vietze wurde immer wieder mit der Kommunalwahlfälschung 1989 in Verbindung gebracht. Klar ist, dass er als „Erster“ im Bezirk Potsdam die politische Verantwortung dafür hätte übernehmen müssen, wie auch für Spitzelei und Drangsalierungen. Heute erweisen Ministerpräsident Platzeck und sein Finanzminister Vietze selbstverständlich die Ehre. Man muss unterstellen: Das bezieht sich vor allem auf das Faszinosum seines Politikstils. Gerade Speer steht in dem Ruf, ähnliche Methoden zu pflegen.

Heinz Vietze ist heute Chef der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Think-Tank der „Linken“. Man muss nicht glauben, dass er dadurch an Einfluss hat einbüßen müssen.

André Stephan

Julia Behrens, Berlin im Februar 2009

Meine lieben Eltern,

ihr habt mir schon erzählt, dass ihr besorgt ward, als die Mauer fiel. Dass ihr befürchtet habt, dass Panzer über die Grenze rollen. Dass diese Angst dadurch stieg, dass ihr drei Monate später ein Kind erwartetet. Die Mauer hab ich nicht mehr mitbekommen, bewusst konnte ich auch nichts mehr von den letzten Tagen des politisch geteilten Deutschlands erleben. Trotzdem bin ich ein DDR-Kind. Eurer Meinung nach und auch der aller anderen. Ich komme aus dem Osten. Na und? Für mich spielt dieser Teil der Identität gar keine Rolle mehr. Aber die Aufarbeitung der Geschichte ist fundamental wichtig, trotzdem erleben dies längst nicht alle Jugendlichen zu Hause.

Von euch habe ich zwei komplett unterschiedliche Ansichten mitbekommen. Der eine redet kaum über diese Zeit, weil er enttäuscht war über die Umsetzung seiner marxschen Vision und gleichzeitig doch besser gelebt hat als heute. Die andere ist heute immer noch überglücklich über die Wiedervereinigung und erzählt mir viel über geschmuggelte Bravo-Hefte und die nicht existierende Möglichkeit, Abitur zu machen, weil die angehenden Offiziere die Plätze in der Oberschule bekommen haben.

Für mich war dadurch schon vor dem Politikunterricht klar, dass die DDR eine Diktatur war, in der anders bzw. frei denkende Menschen von der Stasi bespitzelt wurden. Auch Lehrer haben dazu beigetragen. Die Englischlehrer, die Probleme bekamen, weil sie eine kapitalistische Sprache studierten. Oder jene Lehrerin, die eigentlich Stewardess werden wollte, es aber nicht konnte, weil sie keine Kontakte hatte und so beim Lehramtsstudium gelandet ist. In den letzten Jahren habe ich allerdings auch gelernt, dass die komplette Verteufelung von allem, was es in der DDR gab, auch nicht das Wahre ist.

Eine Gemeinschaftsschule ist eine tolle Sache. Nur sollte sie nicht ideologisch ausgenutzt werden. Kindergartenplätze für alle Kinder sind großartig. Nur sollten die ErzieherInnen keine Drillsergeants sein, wie die, die ich noch erlebt habe. Wichtig ist immer eine differenzierte Sicht, so dass Erinnerungen nicht zu ostalgischer Romantik werden. Liebe Elterngeneration, bei mir habt ihr ganze Arbeit geleistet. Im Gegensatz zu anderen. Für manche ist die DDR halt eine demokratische Republik gewesen, wie der Name schon sagt. Manche haben gehört, dass alle Arbeit hatten.

Diese Verklärung der Umstände kommt von nicht ausreichender Auseinandersetzung mit dem Thema, sowohl zu Hause, als auch in der Schule. Vor dieser haben sich einige von euch Eltern ein wenig gescheut. Vielleicht, weil aktuelle Probleme immer schlimmer sind als die vergangenen. Jedenfalls habt ihr daran mit zu tragen, dass Pullover mit der Aufschrift „DDR“ oder „CCCP“ modisch und nicht hinterfragt wurden. Ihr seid die, von denen wir lernen können und müssen. Sprecht mit uns! Wie es war, mit zwei Deutschlands zu leben, mit Verwandtschaft auf der anderen Seite der Mauer. Und beschimpft nicht nur irgendwelche ArbeitskollegInnen als „blöden Wessi“ und „ahnungslosen Ossi“. Egal ob Ossi oder Wessi, weitergegebene Erfahrungen helfen zu verstehen, weitergegebene Vorurteile tun das nicht. Damit mensch die Dinge schätzen lernt, die selbstverständlich erscheinen mögen.

Danke, meine lieben Eltern, dass ihr nicht geschwiegen habt.

Eure Julia

Wo bleibt das Bündnis?

Bündnis 90 ist streng genommen die Vereinigung dreier DDR-Bürgerrechtsgruppen. Im weiteren Sinne kann man den Begriff auch stellvertretend für die Aufbruchstimmung in Ostdeutschland in den Jahren 1989/90 sehen. Er steht für Optimismus, Beharrlichkeit, zivilen Ungehorsam – und unglaublichen Mut. Bis heute ist Bündnis 90 Teil des Namens unserer Partei. Ist sonst noch etwas davon übrig?

Spätestens Mitte der 80er Jahre zeichnete sich ab: Die Menschen in der DDR waren gewillt, alles zur Überwindung des SED-Regimes zu riskieren. Trotzdem gelang es nicht, sich zu einer gemeinsamen Gruppe zusammenzuschließen – einer der letzten fragwürdigen Erfolge der Stasi. Aber der Protest war nicht abzuwürgen, statt einer großen gab es unzählige kleine Initiativen: Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Grüne Partei der DDR und Unabhängiger Frauenverband, um nur einige zu nennen.

„Im Prinzip war es egal, in welcher der Initiativen man zu der Zeit gekämpft hat. Sie wollten alle die Unfreiheit der DDR beseitigen", erinnert sich Regina Schmidt, nach 1989 im Unabhängigen Frauenverband aktiv, heute Vorsitzende der bündnisgrünen Bezirksgruppe in Lichtenberg und Beisitzerin im Berliner Landesvorstand. Der Zusammenschluss zu „Bündnis 90" fand Anfang 1990 statt, im Zuge der letzten Volkskammerwahlen der DDR. Das „Neue Forum", die „Initiative für Frieden und Menschenrechte" und „Demokratie Jetzt" gingen ein Listenbündnis ein, um ihre Schlagkraft zu erhöhen.

Der nächste Schritt von Bündnis 90 in Kooperation mit den Ost-Grünen war die gemeinsame Listenaufstellung zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Im Wahlgebiet Ost stimmten 6,1 Prozent der Wähler mit ihrer Zweitstimme für „Bündnis 90/Grüne", die mit acht ostdeutschen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag einzog. Die West-Grünen scheiterten hingegen an der Fünf-Prozent-Hürde.

Nicht unschuldig daran: der Wahlslogan „Alle reden von Deutschland – wir reden vom Wetter". „Das war ein historischer Fehler", meint Stefan Gelbhaar, Berliner Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen: „Wirtschaft und Soziales hätten mindestens ebenso thematisiert werden sollen, da fast jede Familie von Arbeitslosigkeit betroffen war. Statt die Nachwende-Wirtschaftsordnung aktiv mitzugestalten, waren die Grünen hier sprachlos." Aber nicht nur im Westen ist die aktive Auseinandersetzung der möglichen neuen Wirtschafts- und Sozialordnung versäumt worden: „Das Bündnis 90 hatte in der Nachwende-DDR die Debatte über den ‚Dritten Weg', den Weg abseits des ‚real existierenden Sozialismus' und der gelebten Marktwirtschaft, geführt. Diese war mit der Vereinigung abrupt beendet."

Zähe Verhandlungen zur Vereinigung

Bei der nächsten Bundestagswahl lief es besser. Inzwischen offiziell zur Partei zusammengeschlossen, kam Bündnis 90/Die Grünen bei den Bundestagswahlen 1994 auf 7,3 Prozent der Stimmen. Ohne Bündnis 90 wäre die gesamte Partei vermutlich nicht so schnell wieder in den Bundestag eingezogen.

Der Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen wurde 1993 mit einem Assoziationsvertrag besiegelt. Die Grünen waren davon überzeugt, durch eine Vereinigung mit Bündnis 90 ein bundespolitisches Comeback zu erreichen, und Bündnis 90 hoffte auf organisatorische und inhaltliche Verstärkung. Werner Schulz, Mitbegründer des Neuen Forums, war bei den Vertragsverhandlungen dabei. Im Januar 2009 ist er als Kandidat fürs Europäische Parlament gewählt worden. Er erinnert sich an „äußerst zähe und schwierige Verhandlungen auf beiden Seiten".

Andreas Otto, heute im Abgeordnetenhaus, damals in der BVV Prenzlauer Berg, erinnert sich: „Ich habe mich gefragt: ‚Muss das denn so schwierig sein? Muss man da so hart verhandeln?' Heute denke ich: Zum Glück! Nur dadurch haben die VertreterInnen von Bündnis 90 verhindert, dass diese Minderheit von den Grünen untergebuttert worden ist." Es sei ihr Verdienst, dass im Parteinamen „Bündnis 90" als erstes steht. „Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Bestandteil und damit eine politische Tradition sonst schon weg wäre."

Migranten im eigenen Land

Werner Schulz beurteilt den Zusammenschluss als „ein seltenes Beispiel einer gleichberechtigten Vereinigung". Leider sei es aber kein „Verhältnis auf Augenhöhe geblieben: Wir hatten damals unterschätzt, dass sich unser Partner in der Hocke befand und sich an uns aufrichtete. Plötzlich waren wir eine Westpartei und zwar eine, die man im Osten nicht sonderlich schätzte, während Die Grünen ihre Schlappe von 1990 durch den Zusammenschluss mit den Bürgerrechtlern wieder gut machen konnten. Somit geschah völlig unerwartet für Die Grünen eine Imageaufwertung und für Bündnis 90 eine Imageabwertung mit fatalen Folgen bis heute."

Auch Regina Schmidt kritisiert den Umgang mit den Parteimitgliedern aus der ehemaligen DDR: „Die Bündnisgrünen beschäftigen sich zwar mit dem SED-Regime und der Stasi, aber wie es den Menschen heute hier geht, interessiert keinen. Integration von Migranten ist ein großes Thema bei uns in der Partei. Die größte Migrationsgruppe geht dabei aber unter – die Ossis. Ich bin auch eine Migrantin. Es hat sich alles grundlegend für mich geändert. Die Debatte um diese Probleme wird nicht geführt."

Sie erklärt, warum es so wichtig ist, dass die Bündnisgrünen Mitglieder mit Wurzeln im Osten haben: „Wir denken nicht so stark in Parteischubladen. Wir haben aus der Zeit um die Wende herum gelernt, dass es um die Personen selbst geht, nicht um die Farbe der Partei, in der sie organisiert sind." Aus diesen Erfahrungen resultiert für sie ein relevanter Unterschied zwischen Bündnisgrünen aus Ost und West: „Die Bündnis-90-Aktiven oder auch die Ost-Grünen haben niemals die Fundi-Realo-Debatte geführt." Andreas Otto teilt ihre Einschätzung: „Die Botschaft des Neuen Forums war: ‚Bürger, mischt euch ein!' Nicht: ‚Bürger, entwickelt politische Theorien!'"

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind also auch 20 Jahre nach dem Mauerfall und 16 Jahre nach Zusammenschluss von Bündnis 90 und den Grünen nicht verschwunden. Stefan Gelbhaar hält deswegen den zweigeteilten

Namen der Partei für richtig: „Wir stehen dazu, dass die politischen Ansätze, die Geschichte und die Sozialisation unserer Mitglieder ganz verschieden sind. Wir zeigen mit unserem Namen, dass es in diesem Land eine Zäsur gab und dass unsere Partei eine damit verbundene Geschichte hat. Das ist bei keiner anderen Partei so."

„Wir waren ein Zweckbündnis"

Viele Aktive aus der Wendezeit haben sich inzwischen aus dem politischen Leben zurückgezogen, wie sich auch bei der Recherche nach Gesprächspartnern für diesen Artikel gezeigt hat. Regina Schmidt erklärt sich das so: „Wir waren ein Zweckbündnis. Unser Ziel war es, Bürgerrechte für die Menschen in der DDR zu erstreiten. Mehr hat uns nicht verbunden." Deshalb trifft man auch viele, die bei Bündnis 90 aktiv waren, heute auch in anderen Parteien. Einer der bekanntesten ist wohl der brandenburgische SPD-Ministerpräsident Matthias Platzeck.

‚Bündnis 90' gibt es nicht mehr – aber ‚die Grünen' auch nicht

Regina Schmidt weiß kaum noch etwas über MitstreiterInnen von damals, Harald Moritz aus Treptow-Köpenick berichtet Ähnliches: „Hier im Bezirk sind es wohl noch zwei, die ich aus der Zeit vom Neuen Forum kenne." Er war lange Zeit Sprecher der Bezirksgruppe und Bezirksverordneter in Treptow-Köpenick, einem Bezirk, in dem Bündnis 90/Die Grünen weniger als 90 Mitglieder haben. Ähnlich sieht es in Lichtenberg-Hohenschönhausen aus, und in Marzahn-Hellersdorf waren es Ende 2008 gerade einmal 66 Mitglieder.

Hätte eine stärkere Unterstützung in den 90er Jahren dabei geholfen, die Bündnisgrünen im Osten stärker zu verankern? Harald Moritz sagt dazu: „Inhaltlich ja, personell nein. Außenstehende wären in dieser Zeit von den Bürgerinnen und Bürgern hier nicht akzeptiert worden." Werner Schulz ist der Ansicht, dass die Schwäche der Partei im Osten nicht an mangelnder Unterstützung aus dem Westen liegt. Er sagt: „Es ist vor allem der eigenen Unfähigkeit geschuldet. Wir haben uns in Unkenntnis der Machtströmungen bei den Grünen und deren Politikmethoden nicht als eine eigene Strömung konstituiert, die dann mehr Einfluss gehabt hätte, sondern uns im Aufbau von Landesverbänden und in der mühsamen Verständigung zwischen Ost-Grünen und Bündnis 90 verloren."

Jubiläumsjahr als Chance

Die Bündnisgrünen konnten in den Ostbezirken weder auf Menschen mit langjähriger politischer Erfahrung, noch auf gewachsene Strukturen zurückgreifen. Die PDS hingegen hatte in den 90ern beides: „Die hatten zum einen Personal, das schon immer im Osten gewohnt hat und dem die Bürgerinnen und Bürger zugetraut haben, ihre Interessen zu vertreten," berichtet Harald Moritz. „Zum anderen haben sie alte Strukturen zum Aufbau ihrer Partei genutzt. Die alten ostdeutschen Wohngebietsausschüsse sind oft zur neuen PDS-Ortsgruppe geworden."

Das Jubiläumsjahr des Mauerfalls könnte eine Chance für alle Bündnisgrünen sein, sich mit der Geschichte ihrer Partei zu befassen. Gelegenheit dazu wird es sicher geben. Der Landesverband plant unter anderem Aktionen am 7. Mai, um an den Wahlbetrug der DDR-Kommunalwahlen 1989 zu erinnern und zum 9. November selbst. Auch dadurch, dass die Bündnisgrünen im Mai ehemalige Bündnis-90-Aktive in die Bundesversammlung zur Wahl der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten schicken, soll auf die Bürgerrechtsbewegung von damals aufmerksam machen. Stefan Gelbhaar sagt dazu: „ ‚Bündnis 90' gibt es nicht mehr, und auch ‚Die Grünen' sind Geschichte. Das sollte uns allen bewusst sein."

Djuke Nickelsen

Links und Literatur

Geschichte und Erfahrungen von Opposition und Widerstand in der DDR:
www.havemann-gesellschaft.de

Das „Grüne Gedächtnis" in der Heinrich-Böll-Stiftung:
www.boell.de/stiftung/archiv/archiv.html

Heinrich-Böll-Stiftung/Werner Schulz (Hrsg.):
Der Bündnis-Fall. Politische Perspektiven 10 Jahre nach Gründung des Bündnis 90,
Bremen, Edition Temmen, 2001.

Freundschaftliche Atmosphäre

Kurzinterview mit dem Reinickendorfer Neumitglied Nico Montel

Stachlige Argumente:
Lieber Nico, Du bist jetzt seit einem knappen halben Jahr Mitglied bei den Bündnisgrünen. Was hat dich bewogen, gerade jetzt Mitglied zu werden?

Nico Montel:
In erster Linie verkehrspolitische Beweggründe. Durch meine Ausbildung zum Fahrlehrer habe ich erst erkannt, wie viele Defizite unser Straßenverkehrssystem wirklich aufweist. Neben der Überregulierung des Systems und der steigenden Umweltbelastung durch eine rasant wachsende Zahl von Kraftfahrzeugen, ist auch die stetig steigende Intoleranz der Verkehrsteilnehmer untereinander für mich ein Grund, endlich grüne Politik zu machen. Diese und anscheinend unzählige weitere Probleme auf und abseits der Straßen vor einem ökologischen und sozialen Hintergrund anzupacken, auch unter Berücksichtigung verkehrspädagogischer Aspekte, habe ich mir als neues Mitglied der Bündnisgrünen zum Ziel gesetzt.

Stachlige Argumente:
Wie war der Kontakt mit der Partei? Wie schnell bist du angeschrieben worden? Gab es Informationen, wie und wo man sich engagieren kann?

Nico Montel:
Den Mitgliedsantrag habe ich online eingereicht. Die erste Antwort kam ziemlich schnell, doch gab es zu dieser Zeit anscheinend einige Schwierigkeiten der Mitgliederverwaltung hinsichtlich der EDV, was dazu führte, dass ich leider erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung „richtig" Mitglied wurde. Als dies dann jedoch erfolgte, schloss sich daran auch die nette Kontaktaufnahme seitens des Kreisverbandes per Telefon an. Die ausführlichsten und aufschlussreichsten Informationen – neben dem mir zugesandten Material und den Internetauftritten der Partei – bot mir das Neuentreffen in Reinickendorf.

Stachlige Argumente:
Wenn Du auf diese fünf Monate zurückschaust, würdest Du sagen, dass Du Dich so einbringen kannst, wie Du Dir das vorgestellt hast? Was sollte besser laufen?

Nico Montel:
Im vergangenen Dezember wurde mein zweites Kind, eine kleine Tochter, geboren. Dadurch hatte ich wenig Zeit, aktiv zu sein. Ende Januar bin ich dann zum Neuentreffen meines Kreisverbandes gegangen. Das fand ich sehr informativ. Ich war begeistert von der Tatsache, dass man sich für uns gerade mal drei Neulinge so viel Zeit genommen hat. Die Atmosphäre bei dem Treffen war sofort freundschaftlich. Ich hatte einen netten Abend mit vielen Gesprächen und Möglichkeiten anzuknüpfen. Die Veranstaltung machte mir deutlich, dass ich mich künftig bei den Bündnisgrünen genau so einbringen kann, wie ich es mir erhofft hatte. Bei diesen positiven Erfahrungen kann ich zu der Frage, was besser laufen sollte, momentan noch gar nichts beisteuern. Meine bisherigen Erwartungen an die Partei sind ja alle erfüllt worden.

Stachlige Argumente:
Was nimmst Du Dir politisch für die nächsten Monate vor? Gibt es ein Projekt, dass Dir besonders am Herzen liegt?

Nico Montel: In den nächsten Monaten möchte ich mich weiter mit der Arbeit des Kreisverbandes Reinickendorf vertraut machen. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft Verkehr werde ich mit ansehen und versuchen, mich dort einzubringen. Besonderes Interesse habe ich an den Projekten „Shared Space" und die Verlängerung der Straßenbahnlinie von Rosenthal nach Wittenau.

Das Gespräch führte Ronald Wenke

Sachlich, planbar, zielgerichtet

Der erste Platz auf jeder Wahlliste der Bündnisgrünen gehört einer Frau, im Landesvorstand sitzen genau so viele Frauen wie Männer, und auf Parteitagen wird darauf geachtet, dass sich die Geschlechter mit Redebeiträgen abwechseln. Hört sich nach Gleichberechtigung an. Trotzdem sind auch bei Bündnis90/Die Grünen mehr Männer als Frauen parteipolitisch aktiv. Die Gründe und dafür, aber auch Ideen dazu, wie die Partei Frauen gewinnt, hält und fördern kann, werden in einer Studie dargelegt, die der Landesvorstand in Auftrag gegeben hatte.

Frauen haben nicht weniger Interesse an Politik als Männer, sie möchten sich aber anders engagieren, als es die Strukturen der Bündnisgrünen im Regelfall vorsehen. Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse der Studie, an der die Kommunikationspsychologin Antje Fornalski-Murphy von März bis Juli 2008 gearbeitet hat. Sie hat dazu Fragebögen ausgewertet, Einzel- und Gruppeninterviews geführt und hat als Beobachterin an Treffen von Bezirksgruppen und Landesarbeitsgemeinschaften (LAGn) teilgenommen.

Eine der häufigsten Anmerkungen der befragten Frauen war, dass sie am liebsten an einem Projekt mit konkretem Ziel arbeiten, weshalb sie sich in themenspezifischen Arbeitsgemeinschaften oft besser aufgehoben fühlen als in den Bezirksgruppen. Das liegt daran, dass Frauen ihre Freizeit häufig langfristig planen müssen, weil zum Beispiel eine Kinderbetreuung organisiert werden muss. Um so höher der Anspruch, diese wenigen Stunden möglichst sinnstiftend zu verbringen.

Dies war für einige Befragte in ihren Bezirksgruppen nicht zu realisieren. Als Gründe führten die Frauen zum einen an, dass dort überwiegend Themen sehr theoretisch ohne Ideen für die Realisierung diskutiert wurden. Zum anderen haben die Befragten aber auch die Diskussionskultur kritisiert. Die Debatten seien zu oft in persönliche Rededuelle zwischen den immer gleichen Männern abgeglitten, Frauen seien kaum zu Wort gekommen, und wenn doch, hätten ihre Argumente weniger Gewicht gehabt als die der Männer. Offensichtlich ist die Verankerung der Geschlechtergerechtigkeit im Parteibuch kein Garant für ihre erfolgreiche Umsetzung auf allen Ebenen.

„Leider haben die Frauen ihre Kritik in den seltensten Fällen angebracht“

sagt Antje Fornalski-Murphy, die Autorin der Studie. „Sie möchten den anderen nicht auf die Nerven gehen.“ Das alte Problem – Frauen schlucken lieber den Ärger hinunter als Tacheles zu reden. „Das ist schade, denn die dauerhafte Frustration schadet ihrer Motivation und ist damit auch schlecht für die gesamte Gruppe.“ Die Konsequenz der Betroffenen sei gewesen, dass sie sich lieber zurückgezogen haben. Sie verbringen ihre kostbare Freizeit lieber bei projektorientierten Gruppen wie „amnesty international“ als bei den Bündnisgrünen Änderungen in einer bestehenden Gruppe anzustoßen, und womöglich auch noch dafür belächelt zu werden.

Antje Fornalski-Murphy schlägt vor, dass die Arbeit in Bezirksgruppen anders strukturiert werden sollte: Es sollte jemand die Treffen moderieren, damit die Diskussion dicht am Thema bleibt und allzu langatmige Beiträge verhindert werden. Es könnte auch eine Redeliste geben, eventuell sogar mit Frauenquote. Eine so strukturierte Debatte kommt in der Regel auch schneller zu einem Ergebnis als eine ohne Moderation, so dass hinterher genügend Zeit für gemütliches Beisammensein bleibt.

Eine weitere Möglichkeit für aktive Frauen ist es, eigene Aktionsgruppen zu bestimmten Themen mit einem klar definierten Zeithorizont zu bilden. „Das macht das Engagement planbar“, so Fornalski-Murphy.

Zur besseren Planbarkeit von Aktivitäten rät sie außerdem dringend dazu, die Termine auf Webseiten aktuell zu halten. Ihr selbst sei es bei Versuchen, an einem Treffen von Bezirksgruppen oder LAG teilzunehmen, mehrmals passiert, dass die Sitzungen ohne Ankündigung ausgefallen sind.

„Das ist frustrierend. Nicht nur für Frauen, sondern für alle, die sich engagieren möchten, aber von persönlichen Absprachen nichts erfahren.“

Auch der Landesvorstand sollte sich seiner Verantwortung bei der Frauenförderung bewusst sein. „Es gibt zahlreiche Angebote für Frauen, wie etwa Mentoringprogramme oder Rhetoriktrainings – das weiß bloß keiner“, berichtet Fornalski-Murphy. „Das muss viel intensiver kommuniziert werden, wenn wirklich mehr Frauen in der Politik aktiv werden sollen.“

Insgesamt sind die Kritikpunkte und mögliche Wege für mehr Frauen in der Politik nicht neu. Da sich aber trotz allem immer noch mehr Männer als Frauen am Parteileben beteiligen, sind die Ideen nach wie vor aktuell – und zwar so lange, bis ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter erreicht ist.

Djuke Nickelsen und
Antje Fornalski-Murphy

Mehr Informationen zur Studie
und Unterstützung für die geschlechtergerechte Gestaltung von Sitzungen bei
Antje Fornalski-Murphy (fornalski@gmx.net)

© Ingo Kuzia

Nur weite Würfe zählen

2009 gilt's! Neben den beiden großen Wahlkämpfen ist die Diskussion um Bundes- und Berliner Themen in der Partei und in der Öffentlichkeit zu führen

Die SpitzenkandidatInnen der Grünen zur Bundestagswahl 2009, Renate Künast und Jürgen Trittin werfen auf dem Bundesparteitag in Erfurt den Delegierten im Saal grüne Bälle zu

Wer unseren Terminkalender durchblättert, kommt an folgender Feststellung nicht vorbei: Diese Partei ist vielfältig und aktiv. Dieser Zustand motiviert. Um gemeinsam das Jahr in Angriff nehmen zu können, benötigen wir viele, die als freiwillige Helferinnen und Helfer die Initiative ergreifen.

Dass wir in der Lage sind, in die Stadtgesellschaft hinein zu wirken, haben uns die letzten Monate wieder gezeigt. Die Diskussion um längeres gemeinsames Lernen an unseren Schulen, die Debatte um die sozialen Alternativen Grundsicherung oder Grundeinkommen, um bezahlbare Mieten und Klimaschutz in der Stadt, die Kampagne gegen eine Fortführung des Flugbetriebs in Tempelhof sowie der Protest gegen den Weiterbau der A100 oder den Neubau eines Kohlekraftwerks in Lichtenberg haben zu vielfältigen Kontakten mit Bürgerinitiativen und Verbänden geführt. Durch das Modell eines Familienvertrages haben wir eine gesellschaftspolitische Diskussion mit angestoßen. Frühzeitig haben wir die Finanzierung unserer Hochschulen auf die Agenda gesetzt. Als Opposition waren wir deutlich wahrnehmbar. Dies fortzuführen ist nötig, wenn wir in den anstehenden Wahlkämpfen für unsere Positionen und Personen werben und erfolgreich sein wollen.

Den Rückenwind aus Dortmund nutzen

Die Bundesdelegiertenkonferenz in Dortmund hat uns einen Bilderbuchstart verschafft. Wir haben ein Wahlprogramm beschlossen, das auf einer breiten Zustimmung gründet. Gleich fünf Kandidierende aus unserer Region haben es auf aussichtsreiche Listenplätze geschafft. Das gibt uns enorme Möglichkeiten, den Ideen für Europa Gesicht und Stimme zu verleihen. Gemeinsam etwa mit unserer Landesarbeitsgemeinschaft Europa wollen wir uns um möglichst viele Stände, Aktionen und Auftritte mit diesen Kandidatinnen und Kandidaten bemühen. Wir wissen, dass es uns gelingen wird, mit unserer Begeisterung für Europa andere anzustecken.

Entscheidungen im europäischen Kontext sehen

Berlin ist eine europäische Metropole mit ausgeprägter Kiezstruktur. Hier werden nahezu alle Probleme deutlich, die wir in den kommenden Jahren bundes- und europaweit in Angriff nehmen müssen. Die nicht zu verantwortenden Pläne für ein neues Kohlekraftwerk an der Rummelsburger Bucht zeigen, dass der ordnungspolitische Rahmen noch nicht ausreicht, den Verursachern des Klimawandels nachhaltig einen Riegel vorzuschieben.

Bei der Auseinandersetzung gegen den Autobahn-Stadtring sind erst einmal alle aufgefordert, sich mit Einwendungen in das Planverfahren einzumischen. Mehr Lärm und Abgase sind das Letzte, was diese Stadt braucht. Schon die Verlängerung der A 113 hat uns mehr Kfz- und Lkw-Verkehr beschert. Dabei liegen die umweltfreundlichen Alternativen auf dem Tisch.

Andere europäische Städte investieren EU-Mittel in den öffentlichen Personennahverkehr. Der rot-rote Senat behauptet dem entgegen, dass diese Zuschüsse an die Straße gekoppelt seien. So sind wir aufgerufen, dem ein Stopp-Schild „von unten" in den Weg zu stellen.

Debatte über Werte, Religionen und Glauben führen

In diesem Jahr wird sich die Auseinandersetzung um Werte-Bildung an unseren Schulen noch weiter verschärfen. Die Initiative „Pro Reli" hat ihr Volksbegehren zu einem deutlichen Erfolg gebracht. Wir wollen uns hier mit Sachargumenten einmischen. In einer multireligiösen Stadt ist es von erheblicher Bedeutung, sich über Werte und Religionen zu verständigen. Es geht nicht um staatlich verordnete Wertebildung. Vielmehr sind die Schülerinnen und Schüler gefordert, gemeinsam Werte und Glaubensfragen zu diskutieren. Wir wollen klar machen, dass in der Schule auch im Ethik-Unterricht Platz ist für Religionen; die Religionsgemeinschaften sollen in diesen Dialog eingebunden werden. Aber eine Stadt, deren wichtige Aufgabe es ist, den Dialog zwischen den Kulturen und Glaubensrichtungen zu praktizieren, verträgt in dieser Frage keine Gruppenbildung nach Religionszugehörigkeit.

Auseinandersetzung über soziale Gerechtigkeit annehmen

In Berlin herrscht Rot-Rot – aber keine soziale Gerechtigkeit. Drängende Fragen nach Bildungs- und Lebenschancen werden nicht oder nur unzureichend beantwortet. Große Würfe – etwa die Unterstützung des grünen „Bildungssoli" – bleiben aus.

Gerade in der Schulpolitik wird aktuellen Entwicklungen lediglich hinterher regiert. Überraschend auftauchende Bildungsstudien können die Agenda des Senats von einem Tag auf den anderen ins Wanken bringen. Gut ist, dass viele Projekte des Bildungssenators auf grünen Ideen fußen. Die Umsetzung ist jedoch mehr vom Spardiktat geprägt als von bildungspolitischem und pädagogischem Sachverstand.
Die Miet- und Milieuentwicklung ist in etlichen Kiezen Besorgnis erregend. Wir meinen: Jeder Mensch in dieser Stadt hat ein Recht auf angemessene Lebens- und Wohnqualität. Bemühungen des Senats aber, dies zu gewährleisten, sind nicht sichtbar geworden. Wir haben gezeigt, mit welchen politischen Mitteln die sogenannte „zweite Miete" (Betriebs- und Nebenkosten) gesenkt werden kann. Nur mit einer Kombination aus Anreizen und gesetzlichen Regelungen können Hauseigentümer zu Investitionen in energetische Gebäudesanierung gebracht werden. Wir wollen, dass Berlin die Chance, von der Hartz-IV-Hauptstadt zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Fixpunkt Europas zu werden, klar ergreift.

2009 klar machen

Wir freuen uns auf dieses ereignisreiche Jahr. Die Partei ist nach Personal- und Strukturentscheidungen, wie etwa dem Umzug der Landesgeschäftsstelle, auch mit den anstehenden Vorstandswahlen gut aufgestellt. Der Haushalt ist konsolidiert, die Wahlkampfkasse steht bereit. Die Überlegungen zu den beiden Kampagnen haben schon ganz konkrete Formen angenommen. Es haben sich schon viele Menschen gefunden, die mitmachen wollen. Uns alle lockt die Aussicht, am Ende des Jahres mit noch mehr Mitgliedern gelassen in Richtung Abgeordnetenhauswahlen 2011 blicken zu können. Wir starten durch – jetzt gilt es!

Irma Franke-Dressler und Stefan Gelbhaar

Neues aus dem Abgeordnetenhaus

© CC_Li_Refugee

„Bleibt alles anders“, so sang einst Herbert Grönemeyer und so lautet auch das Motto des rot-roten Senats in der Wirtschaftskrise.

Die politische Agenda des Landes wurde durch den Konjunktureinbruch kräftig durcheinandergewirbelt. Trug Berlin bislang beharrlich die rote Laterne bei der Investitionstätigkeit der Bundesländer, spült das Konjunkturpaket II mit Hilfe des Bundes nun in zwei Jahren zusätzliche 630 Millionen Euro in die maroden Infrastrukturen der Stadt. Also alles anders?

Nein, denn bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes agiert Rot-Rot so wie immer – ideenlos und mutlos werden die Vorgaben des Bundes umgesetzt. Investive Schwerpunkte in den Bereichen energetische Sanierung und Bildung sind keinesfalls Sarrazins eigene Idee, sondern vom Bund vorgeschrieben. Die Linke übt sich derweil in dialektischer Koalitionsdisziplin: Erst verteilt sie im Senat munter die Mittel aus dem Konjunkturpaket. Dann erklärt ihr Wirtschaftssenator, Berlin könne diesem Paket im Bundesrat natürlich nicht zustimmen. Also alles beim Alten.

Wir drängen darauf, dass das Konjunkturprogramm als Steilvorlage für eine zukunftsfähige Berliner Investitionspolitik genutzt wird. Die energetische Sanierung muss nach klaren Standards erfolgen, und die Mittel für die Schulbausanierung sollen genutzt werden, um die erforderliche Schulreform durch die baulichen Voraussetzungen zu beschleunigen. Darüber hinaus muss Berlin seinen eigenen Beitrag leisten, um die Investitionen zu verstetigen. Der Haushaltsüberschuss von 800 Millionen Euro soll hierfür in einen Investitionsfonds zur Sanierung der öffentlichen Gebäude fließen.

Bleibt alles anders – das gilt auch für den Umgang von Rot-Rot mit dem bevorstehenden Volksentscheid „Pro Reli“. So entschieden wir für den gemeinsamen Ethikunterricht eintreten, so entschieden stehen wir auch auf der Seite der direkten Demokratie. Deshalb fordern wir den Senat dazu auf, den Volksentscheid mit der Europawahl zusammenzulegen.

Klaus Wowereit regiert über die Köpfe der BerlinerInnen hinweg. Wir als politische Kraft der Berliner BürgerInnengesellschaft wollen zu diesem Regierungsstil einen klaren Kontrapunkt setzen. Deshalb haben wir beschlossen, unsere Fraktionssitzungen unter dem Motto „12 Bezirke, 12 Ideen“ künftig mehrmals im Jahr vor Ort in den Bezirken abzuhalten. Gestalten statt verwalten. Mittendrin statt von oben. Damit 2011 wirklich alles anders wird.

Franzkiska Eichstädt-Bohlig und Volker Ratzmann
Fraktionsvorsitzende

© André Stephan

Neues aus der Kommandantur

Frischzellenkur für Brüssel, Straßburg und Berlin

Die Wahlkämpfe 2009 werfen ihre Schatten voraus. Die aktuellen Entscheidungen der großen Koalition, der Mehltau, der sich durch die Entscheidungsunfähigkeit der Bundesregierung über das Land legt, zeigen: Die große Koalition ist Mist. Doch als erstes kann sich das Europäische Parlament in Straßburg und Brüssel auf eine Frischzellenkur vorbereiten.

In Dortmund haben wir unser Wahlprogramm für Europa beschlossen. Bündnis 90/Die Grünen wollen „Europa klar machen“. Gleichzeitig haben wir eine überzeugende Liste aufgestellt. Immerhin fünf Kandidierende aus unserer Region finden sich auf aussichtsreichen Listenplätzen wieder, und alle vier von uns im Oktober 2008 nominierten sind mit dabei.

Nun hat der Europa-Wahlkampf begonnen und wir arbeiten intensiv daran, erneut mit einem fulminanten Ergebnis mit vielen Abgeordneten ins Europäische Parlament einzuziehen. Schon jetzt sind Vorstandsmitglieder, Kandidierende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle dabei, mit unzähligen Planungen den Grundstein dafür zu erarbeiten.

Doch nicht nur an Konzepten wird gefeilt. Um unseren Wahlkampf möglichst breit aufzustellen, bereiten wir uns gerade auf Zuwachs vor. Die Landesgeschäftsstelle soll Werkbank für zusätzliche Wahlkampfhelferinnen und Wahlkampfhelfer, für Ehrenamtliche und Freiwillige werden. Wir freuen uns über alle, die gemeinsam mit uns den Europa-Traum aus dem Jahr 2004 wiederholen wollen.

Wir rufen jetzt schon alle Mitglieder auf, bei diesem Projekt mitzumachen. Wir wollen auf der Straße, in den Kiezen Gesicht zeigen. Wir wollen überzeugen, für Positionen und Personen werben. Das geht nur mit Präsenz und Dialog. Unsere Schirme sollen an jeder Ecke stehen!

Irma Franke-Dressler und Stefan Gelbhaar
Landesvorsitzende

© Grüne Jugend

Neues aus der Dirschauer

Der Dezember begann wie leider jedes Jahr mit der Demonstration Rechtsextremer für ein „Nationales Jugendzentrum“. Die Demonstration begann in Karlshorst und sollte zum Weitling-Kiez in Lichtenberg ziehen. Zwar konnte letzteres durch Blockaden verhindert werden, dennoch war das Vorgehen der Polizei aus Sicht der Grünen Jugend, beginnend beim Verbot einer Gegendemonstration, schockierend. Während den FaschistInnen von der Polizei ein Weg durch die Stadt gebahnt wurde, hatten wir GegendemonstrantInnen nicht einmal die Möglichkeit einer freien, deutlichen Meinungsäußerung. Deshalb mobilisieren wir auch kräftig zur Demonstration gegen Europas größten Naziaufmarsch in Dresden Mitte Februar.

Anfang des Jahres beschäftigten wir uns mit der SchülerInnendaten und der Absicht des Senats, durch völlig überzogenes Datensammeln die Berliner SchülerInnen gläsern zu machen. Die SPD beweist an der Stelle unserer Meinung nach, dass sie auch ohne Wolfgang Schäuble am Kabinettstisch wenig von Datenschutz hält. Weitere Themen im Januar waren das BKA-Gesetz und der wieder aufflammende Nahost-Konflikt, zu dem wir Reinhardt Bütikofer als Referenten für unser Aktiventreffen gewinnen konnten.
Außerdem haben wir mit den Vorbereitungen für den Europawahlkampf begonnen. Unsere Themenschwerpunkte für den Wahlkampf sind BürgerInnenrechte, Migration, Soziales und Ökologie.

PS: Rechtzeitig zu Beginn des Wahlkampfjahres startet die neue Homepage der Grünen Jugend Berlin. Ihr könnt sie unter www.gj-berlin.de erreichen. Wir freuen uns über Anregungen und Vorschläge.

Marius Feldkamp und Vicky Rappold,
SprecherInnen der Grünen Jugend Berlin

© CC_Lars Vegas

Green New Deal: Rezession erfordert Konjunkturprogramm

Kaffeesatzleserei bei den Konjunkturforschern?

Eines ist sicher, die Weltwirtschaft ist bereits in der Rezession. Die Prognosen über die Tiefe und Länge der Rezession gehen aber so weit auseinander, dass Veröffentlichungen über die Konjunkturentwicklung in Deutschland mehr oder weniger in Kaffeesatzleserei ausarten.

Im Dezember prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) für Deutschland eine Abnahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um minus 0,8 Prozent, das RWI um minus 2 Prozent und das Ifo um minus 2,2 Prozent. Das entspricht auch etwa der Erwartung der Bundesregierung, die jetzt einen Wachstumseinbruch von 2,25 Prozent befürchtet. Deutlich optimistischer prognostiziert dagegen das DIW, dass es „Ende dieses Jahres konjunkturell bereits wieder leicht bergauf" gehen könnte. Insgesamt rechnet das Institut für 2009 mit einem Schrumpfen des BIP um vergleichsweise moderate 1,1 Prozent.

Tiefe Rezession treibt Arbeitslosenzahl und Verschuldung nach oben

Kommt es tatsächlich zu einer tiefen Rezession, wie es auch die Bundesregierung jetzt prognostiziert, dann schrumpft das BIP real um rund 51 Milliarden Euro und die Anzahl der Arbeitslosen würde im Jahresverlauf um eine halbe Million wachsen. Die Steuereinnahmen würden um 20 Milliarden Euro sinken und das Staatsdefizit kräftig ansteigen (vgl. HBL 11.12.2008, S. 3).

Für 2009 ist im Bundeshaushalt, unter Berücksichtigung der Ausgaben für das erste Konjunkturpaket, eine Neuverschuldung von 18,5 Milliarden Euro veranschlagt. Jetzt wird die Bundesregierung ein zweite Konjunkturpaket über zwei Jahre mit einem jährlichen Ausgabevolumen von 25 Milli-

© CC_timitalia

arden Euro auflegen. Zusammen mit den zu erwartenden Steuerausfällen und konjunkturellen Mehrausgaben, z.B. beim Arbeitslosengeld II, wird die Nettoneuverschuldung des Bundes auf bis zu 70 Milliarden Euro nach oben schnellen. Wahrscheinlich wird dann bereits 2009 das Maastrichter Defizitkriterium von drei Prozent Neuverschuldung am BIP wieder gerissen werden. 2010 ist es sicher soweit. Das ehemals wichtigste Ziel der Bundesregierung, einer Haushaltskonsolidierung mit einer Nettokreditaufnahme von Null bis 2011, ist komplett hinfällig und wird praktisch in unabsehbare Ferne gerückt.

Angesichts der weltweiten Rezession schlägt allerdings jetzt niemand vor, verstärkt zu sparen, sondern alle politischen Kräfte reden über die Notwendigkeit, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen – und außerdem zusätzliche Konjunkturpakete durch den Staat aufzulegen. Trotzdem ist schon interessant, dass heutzutage die CDU/CSU als Kanzlerpartei mit am lautesten nach der helfenden Hand des Staates – genauer: des Steuerzahlers – ruft. Während der rot-grünen Regierungszeiten waren Konjunkturprogramme seitens der Union und FDP verpönt, weil sie angeblich keine nachhaltigen Effekte, sondern nur Mitnahmeeffekte ermöglichten, die letztlich nur die Staatsverschuldung weiter nach oben treiben würden.

Im Jahr 2009 werden diese ordnungspolitischen Grundsätze reihenweise über Bord geworfen und alles ist anders. Plötzlich merken auch die Christdemokraten, dass staatliche Investitionsprogramme ein wesentlicher Ausweg aus der Konjunkturkrise sein können. Allerdings kommt es sehr darauf an, was in diesen Programmen drinsteckt, damit sie auch wirklich nachhaltig wirken können. Und da bestehen erhebliche Zweifel z.B. bei solchen teuren und unsinnigen Maßnahmen, wie der Kfz-Steuerbefreiung für Spritfresser oder der ökologisch blinden Abwrackprämie. Ob also die jetzt beschlossenen beiden Konjunkturpakete tatsächlich wirtschaftspolitisch helfen, um schneller aus der Rezession herauszuführen, oder ob sie nur noch erheblich mehr Staatsschulden für die nächste Generationen hinterlassen, steht in den Sternen.

Schöpferische Zerstörung für einen grünen New Deal

Die Finanz- und Wirtschaftskrise erzwingt Anpassungsprozesse, die bei den Finanzkonzernen zur Einschränkung der Kreditvergabe und in verschiedenen Wirtschaftsbranchen zur Reduktion von Produktionskapazitäten führen. Dieser Prozess ist zum Teil notwendig. Beispielsweise soll es in der Automobilindustrie weltweit eine Überkapazität von rund 20 Prozent geben.

Für die Wirkung des Konjunkturpaketes ist es jetzt ganz entscheidend, dass der Staat nicht etwa notwendige Schrumpfungsprozesse in veralteten Technologien aufhält, sondern er muss vielmehr strategisch für eine ökologische Modernisierung der Produkte und der entsprechenden Produktionskapazitäten sorgen. Es geht natürlich um Arbeitsplätze, aber nicht darum, Arbeitsplätze in veralteten und überholten Produktionskapazitäten zu retten, sondern diese in neuen ökologisch innovativen Produktions- und Dienstleistungszweigen zu erhalten und auszubauen.

Sinnvolle Konjunkturpakete setzen deshalb auf einen grünen New Deal, der Arbeit und Umwelt produktiv miteinander verbindet. Klaus Töpfer hat richtigerweise in einem Interview mit der Berliner Zeitung am 05.01.09 von der Notwendigkeit einer „dritten wirtschaftlichen Revolution" gesprochen, um den Anforderungen des Klimaschutzes auf der Welt gerecht werden zu können.

Die Infrastruktur für eine ökologisch verträgliche Nutzung von Elektrofahrzeugen, der Ausbau von Nahwärmenetzen, massive Investitionen in energiesparende Techniken, die energetische Sanierung des Gebäudebestandes und der Ausbau der regenerativen Energien können zukunftsfähige Arbeitsplätze verwirklichen.

Konjunkturpaket als Chance zur ökologischen Modernisierung

Die grüne Bundestagsfraktion hat ein eigenes nachhaltiges Konjunkturpaket beschlossen und in die politische Auseinandersetzung eingebracht (www.gruene-bundestag.de, Frankfurter Erklärung). Es setzt strategisch auf die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft, denn Klimaschutz schafft Arbeit. Gleichzeitig senkt die ökologische Modernisierung die Folgekosten einer falschen Energie- und Verkehrspolitik.

Mehr Investitionen in Bildung schaffen wesentliche Qualifikationsvoraussetzungen, um Innovationen für die ökologische Modernisierung realisieren zu können. Die Unterstützung der Ärmsten in unserer Gesellschaft durch eine Anhebung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II ist ein moralisches Gebot und angesichts von Kaufkraftverlusten überfällig. Die Erhöhung der Kaufkraft von kleinen Einkommen wirkt außerdem Konjunktur stützend, weil deren Konsumquote gegen 100 Prozent geht. Deswegen ist auch die Einführung von Mindestlöhnen in allen Branchen nicht nur sozial geboten, sondern zugleich eine Konjunktur stützende Strategie, weil Sparen im niedrigen Einkommensbereich allenfalls geringfügig stattfindet.

Sozialabgaben senken und/oder Steuerreform vorziehen?

Zur Stärkung der Binnenkonjunktur ist die Verminderung der Lohnnebenkosten wirksamer als eine kurzfristige Einkommensteuersenkung. Der Gesundheitsfonds treibt die Krankenversicherungsbeiträge auf 15,5 Prozent des Bruttoeinkommens. Eine stärkere Steuerfinanzierung der Krankenversicherungskosten erhöht das Nettoeinkommen der Beschäftigten und senkt die Lohnnebenkosten. Deshalb ist die jetzt geplante steuerfinanzierte Absenkung des Beitragssatzes auf 14,9 Prozent unterstützenswert. Vor dem Hintergrund der Kaufkraftstärkung wäre es allerdings besser gewesen, den allein von den Arbeitnehmern zu tragenden Krankenversicherungssonderbeitrag von 0,9 Prozent mittels Steuereinnahmen zu finanzieren. Auch das grüne Progressivmodell, das untere Einkommen von Sozialversicherungsbeiträgen entlasten würde, führt zu höheren Nettoeinkommen besonders bei kleinen Einkommen.

Eine Einkommensteuerreform kann nur die Bürgerinnen und Bürger entlasten, die überhaupt Steuern zahlen müssen. Das bedeutet, jeder zweite Haushalt hätte von weniger Einkommensteuern keine Vorteile, weil er gar keine Steuern zahlt. Steuerliche Maßnahmen sollten deshalb auf den unteren Einkommensbereich abzielen. Deswegen ist der Vorschlag, den Grundfreibetrag von 7664 Euro/Jahr auf 8004 Euro/Jahr zu erhöhen begrüßenswert, weil er den Bereich vergrößert, der steuerfrei bleibt, so dass besonders stark kleine Einkommensempfänger mehr Netto vom Brutto haben. Wir halten eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf 8500 Euro/Jahr für eine angemessenere Höhe, weil bei dieser Größenordnung der Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro/Monat und entsprechende Wohnkosten als steuerfreies Existenzminimum mit abgebildet wird.

Alles was im Rahmen der Steuerreformdebatte über die Anhebung des Grundfreibetrages hinausgeht, wie die Aufhebung des Mittelstandbauchs im Steuertarif, sprengt derzeit die fiskalischen Möglichkeiten der Staatsfinanzen von Bund, Ländern und Kommunen. Klar ist aber auch, dass eine Abschwächung der Wirkung der kalten Progression mittelfristig notwendig ist, weil jede nominale Lohnerhöhung zu einem höheren Steuersatz für den Steuerpflichtigen führt. Der Fiskus wird zum heimlichen Gewinner bei jeder nominellen Einkommenserhöhung. Deswegen ist eine Indexierung des Einkommensteuertarifs weiterhin eine absolut berechtigte Forderung. Diese Forderung stellt sich unabhängig von der aktuellen Konjunkturpaketdebatte.

Peter Sellin und Ilka Wege

Wege zu einer selbstverwalteten Justiz

Bisher wurde die Debatte um eine stärkere Selbständigkeit der Dritten Gewalt fast ausschließlich in RichterInnenkreisen geführt. Jetzt hat sie den politischen Raum erreicht. Aktuell gibt es Bewegung in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Was in einem Rechtsstaat nach dem Prinzip der Gewaltenteilung eigentlich selbstverständlich ist, nämlich eine unabhängige, selbstverwaltete Dritte Gewalt, ist in Deutschland noch nicht vorhanden: Hier bestimmt nach wie vor die Exekutive, wer in der Judikative RichterIn und wer befördert wird. In sieben Bundesländern entscheiden die jeweiligen MinisterInnen allein über die Einstellung und Beförderung der Richterinnen und Richter; in neun Bundesländern einschließlich Berlin erfolgt immerhin eine Beteiligung von Richterwahlausschüssen.

Allgemein nimmt die Exekutive maßgebliche Weichenstellungen innerhalb der Justiz vor, und zwar über den Haushaltsplan bzw. die Verteilung und Bewilligung der Mittel. Somit bestimmt der zu Kontrollierende seine Kontrolleure selbst. Dabei hat Artikel 92 Absatz 1 des Grundgesetzes die rechtsprechende Gewalt ausdrücklich „den Richtern“ und nicht der Justizverwaltung übertragen. Diesen Selbstverwaltungsstatus kann aber bislang allein das Bundesverfassungsgericht für sich in Anspruch nehmen. Es ist nicht dem Bundesjustizministerium nachgeordnet, sondern verkehrt unmittelbar mit Finanzministerium und Parlament.

Deutsche Justizstruktur: Ein europäisches Auslaufmodell

Wäre Deutschland ein EU-Beitrittskandidat, stünde seine Aufnahme in Frage. Denn heutige europäische Standards sehen mehr Unabhängigkeit für die rechtsprechende Gewalt vor. So betonte der Beirat des Ministerkomitees des Europarates in einer Stellungnahme aus 2007, in den Mitgliedstaaten sei ein Justizverwaltungsrat zu schaffen, der die richterliche Unabhängigkeit garantiere und den Grundsatz der Gewaltenteilung beachte. Dieser Justizverwaltungsrat soll unter anderem über die Auswahl, Ernennung und Beförderung der Richterinnen und Richter unabhängig von Legislative und Exekutive entscheiden. Zudem müsse ein solcher Rat auch umfassende Haushaltsbefugnisse besitzen. Bei der Selbstverwaltung handelt es sich also nicht etwa um persönliche Privilegien der Richterinnen und Richter. Die Selbstverwaltung soll vielmehr die richterliche Unabhängigkeit fördern.

Die Organisation der Justiz in Deutschland weicht davon entscheidend ab – und ist zudem ein Auslaufmodell in Europa. So verwaltet sich die Justiz in 24 der 27 Mitgliedstaaten der Gemeinschaft selbst. In Spanien beispielsweise durch einen Obersten Rat der Gerichtsbarkeit. Er wird vom Parlament gewählt und organisiert die Auswahlverfahren für den Zugang zum RichterInnenberuf, nimmt die Ernennungen vor und unterbreitet die Beförderungsvorschläge.

Reformvorschläge für die Bundesrepublik

Nicht zuletzt wegen der europäischen Entwicklung fordern nunmehr alle deutschen RichterInnenverbände grundlegende Reformen zugunsten von mehr Selbstverwaltung. Die von der Neuen Richtervereinigung (NRV) und dem Richterbund vorgelegten Modelle sehen im Wesentlichen die Einführung von Richterwahlausschüssen in allen Bundesländern, den Ausbau der Gerichtspräsidien zu kollektiven Leitungsorganen der Gerichte und die Einrichtung eines zentralen Gerichtsbarkeitsrates vor. Letzterer soll übergeordnet die Verwaltung der Haushaltsmittel und den Umgang mit dem Parlament übernehmen.

Reformschritte in den Nordländern – und Berlin?

In Hamburg hat der bündnisgrüne Justizsenator Till Steffen einen umfassenden Diskussionsprozess für eine größere Autonomie der Justiz initiiert. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode sollen unter Beteiligung der RichterInnen und RechtsanwältInnen sowie der Wissenschaft konkrete Konzepte debattiert werden. Auch der schleswig-holsteinische Justizminister Uwe Döring (SPD) will die Eigenverantwortung der Justiz stärken. Bis zum Frühjahr ist geplant, in einem ersten Schritt die Aufgabenbereiche Justizhaushalt, Justizorganisation und Justizinformationstechnik aus der Justizverwaltung und dem bislang zuständigen Ministerium auszugliedern und direkt den Gerichten zuzuordnen.

Wir Grünen sollten deshalb darauf dringen, auch in Berlin eine solche Debatte zur Stärkung der Dritten Gewalt unter Beteiligung der Rechtsanwaltskammer, der RichterInnenverbände und der Wissenschaft anzustoßen. Als erster Schritt könnte den GerichtspräsidentInnen ein Rederecht zum Justizhaushalt im Rechtsausschuss eingeräumt werden.

Dirk Behrendt, MdA und Markus Schlaab
Weiteres unter www.gewaltenteilung.de

Selbstbewusste Justitia: politisch nicht mehr blind?

© Frank Peter Funke

Einspruch!

Justitia verliert politische Neutralität

Im Kern geht es bei dem Vorschlag des Deutschen Richterbundes darum, endlich die enorme Unterausstattung der Justiz zu beheben. Da die Justiz personell und sächlichen völlig unterbesetzt ist, zielt dieser Vorschlag darauf ab, dass die Gerichte zukünftig ihre Finanzbedarfe selbst ermitteln. Diese sollen dann selbst gegenüber den Finanzministern oder dem Parlament verhandeln und die Mittel eigenständig verwalten und einsetzen.

Ob die Selbstwahrnehmung des Budgetrechts durch die Justiz wirklich mehr Mittel mobilisieren und diese besser eingesetzt werden können, darf jenseits von Fragen demokratischer Legitimation eines selbstgewählten Justizrates, der diese Rechte wahrnehmen soll, bezweifelt werden. Auch die vornehme Zurückhaltung, die die Politik in puncto richterliche Unabhängigkeit an den Tag legt, dürfte innerhalb einer mit Weisungs- und Kontrollrechten ausgestatteten hierarchische Gerichtsstruktur schnell leiden, wenn es um die Verteilung der Mittel geht. Dass das geforderte eigenständige Agieren eines Selbstverwaltungsorgans im Rahmen der Haushaltsberatungen eine/n durchsetzungskräftiger Justizminister/-in als Teil eines Kabinetts mit direktem Zugriff auf Regierungsfraktionen und Parteigremien ersetzen kann, darf man getrost bezweifeln.

Entscheidend ist aber, dass ein Justizhaushalt nie isoliert erörtert und beschlossen werden kann. Er kann immer nur eingebettet in einen Gesamthaushalt und damit als Teil eines politischen Gesamtkonzepts verhandelt werden, das zwischen Ausgaben für Bildung, Soziales und Innerer Sicherheit abwägt. Mit dem vom Richterbund vorgeschlagenen Modell der Selbstverwaltung wird das alles nicht zu erreichen sein. Würde Justitia selbst und nicht mehr die politisch Verantwortlichen für sie nach dem Staatssäckel greifen, würde sie zwangsläufig an politischer Neutralität weiter verlieren.

Volker Ratzmann, MdA

Chaos und Willkür in den Jobcentern

Reform muss spürbare Verbesserungen bringen

Auch vier Jahre nach der Neuordnung des Sozialgesetzbuches II (SGB II) und der damit verbundenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II warten die betroffenen Menschen vergeblich auf die notwendige Unterstützung in den Jobcentern. In Berlin erhalten mehr als 500 000 Menschen von den Jobcentern ihren Lebensunterhalt, darunter sind knapp 150 000 Kinder unter 15 Jahre. Sie leben in mehr als 300 000 Bedarfsgemeinschaften, von denen rund 50 000 Alleinerziehende mit ihren Kindern sind. Wir haben es mit einer großen heterogenen Gruppe von Menschen mit unterschiedlichsten Problemlagen zu tun.

Doch das SGB II erfüllt nicht das doppelte Versprechen der Existenzsicherung, verbunden mit dem notwendigen Zugang zu Qualifikation und Erwerbsarbeit, wofür wir Grüne eingetreten sind. Die Regelsätze sind zu niedrig und die Betreuung, Förderung und Vermittlung Langzeiterwerbsloser erschöpft sich zu häufig im Angebot eines Ein-Euro-Jobs. Heute müssen wir feststellen, dass die Diskrepanz zwischen unseren Zielen und der Praxis der Arbeitsmarktpolitik vor Ort in einem eklatanten Maße gewachsen ist – zusätzlich verstärkt durch die Verschärfungen der Großen Koalition.

Klagewelle rollt

Anstatt der „Hilfe aus einer Hand" werden die Hilfebedürftigen zu häufig mit Willkür, nicht nachvollziehbaren Bescheiden oder Leistungskürzungen konfrontiert. Das Ergebnis ist eine beispiellose Klagewelle vor den Sozialgerichten. Berlin ist mit mehr als 50 000 Klagen trauriger Spitzenreiter. Weil Erwerbslose in den Jobcentern häufig nicht zu ihrem Recht kommen, wird dieses vor Gericht erstritten. Nicht das Gesetz, sondern die Arbeit der Jobcenter gibt zumeist Grund zur Klage. In ungezählten Fällen halten sich die Jobcenter nicht an Recht und Gesetz, sondern machen Sparvorgaben der Bundesagentur für Arbeit zur Grundlage ihres Handelns. Solange diese Willkür nicht aufhört und die Jobcenter sich nicht an Recht und Gesetz halten, wird die Klagewelle weiter rollen.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: 80 Prozent der Klagen erfahren eine gütliche Einigung. Davon hätte ein Großteil nicht vor Gericht verhandelt werden müssen, hätten die Jobcenter ihre Arbeit richtig gemacht. Nun müssen Gerichte die Jobcenter zum gesetzestreuen Arbeiten auffordern, die Schreiben der Jobcenter erklären oder schlichtend tätig werden. Von den verbleibenden 20 Prozent der Klagen verlieren die Jobcenter jede zweite. Diese hohe Quote zeigt ebenfalls, dass die Jobcenter mangelhaft arbeiten.

Denn bis heute ist Personalmangel an der Tagesordnung, vielfach mangelt es an fachkundigem Personal. Zudem arbeiten rund ein Viertel aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf Grundlage befristeter Verträge, was die Arbeitsmotivation auf ein Minimum sinken lässt. Die ständigen großkoalitionären Änderungen am SGB II haben die Arbeit in den Jobcentern zusätzlich erschwert. Unsinnige Regelungen, wie das Verbot der telefonischen Erreichbarkeit und ständig wechselnde Ansprechpartner, machen den Hilfebedürftigen das Leben schwer. Integration sieht anders aus.

Grüne Anforderungen an Neuordnung der Jobcenter

Dass die Arbeit der Jobcenter „organisierte Verantwortungslosigkeit" ist, wurde den Jobcentern vom Bundesverfassungsgericht bescheinigt. Mit Urteil vom 20.12.2007 hat das Bundesverfassungsgericht die Arbeitsgemeinschaften (ArGe) von Bundesagentur für Arbeit und Kommune, die beide als Träger der Jobcenter fungierten, für verfassungsrechtlich unzulässig erklärt. Bis Ende 2010 hat das Bundesverfassungsgericht der Politik Zeit gegeben, eine Neuordnung der Jobcenter vorzunehmen.

Diese muss sich an den Erfordernissen der betroffenen Menschen orientieren. Die Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit (BA) ist im Grundsatz richtig. Die Bundesagentur für Arbeit mit ihrer Vermittlungskompetenz und die Kommunen mit ihren sozialpolitischen Erfahrungen vor Ort, müssen eng zusammenarbeiten. Denn die Betreuung und Förderung langzeiterwerbsloser Menschen ist kein kurzfristiges Vermittlungsgeschäft.

Die Entscheidung der Arbeits- und Sozialminister der Länder, die Arbeit der Jobcenter über eine Verfassungsänderung abzusichern, ist daher richtig. Nichtsdestotrotz müssen die Geburtsfehler der Jobcenter – Kompetenzgerangel zwischen Kommune und BA, unklare Verantwortlichkeiten – beseitigt werden, damit die Jobcenter die Chance auf einen Neuanfang haben.

Das geht nur mit mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort und der Stärkung der dezentralen Arbeitsmarktpolitik einerseits und einer verbindlichen Kooperation zwischen Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen andererseits. Die Rolle der Kommunen in den Jobcentern muss zuvörderst gestärkt werden, nur so ist eine echte „Hilfe aus einer Hand" zukünftig möglich. Dazu gehört auch die weitgehende Personal-, Organisations- und Budgethoheit, um die ständigen Durchgriffe der BA und des Bundesministeriums für Arbeit in die einzelnen Jobcenter zu unterbinden. Eine verbindliche Kooperation zwischen Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen soll gesetzlich festgeschrieben werden. Das Kompetenzgerangel, wie es in der Vergangenheit leider zu oft der Fall gewesen ist, muss ein Ende haben.

Verbesserungen in den Jobcentern jetzt!

Allerdings darf die Lösung der Probleme nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Verbesserung der Arbeit der Jobcenter muss der Senat endlich zur Priorität machen. Denn die Probleme in den Berliner Jobcenter sind hinlänglich bekannt: zu wenig und nicht ausreichend geschultes Personal. Eine Schulungsoffensive für die Beschäftigten und ein verbindlicher Personalschlüssel zur Betreuung der Erwerbslosen sind überfällig. Auf die geplante Neuordnung der Jobcenter können die Erwerbslosen nicht mehr warten, die Verbesserungen sind jetzt überfällig!

Ramona Pop, MdA

Zurücktreten bitte!

Eine parteipolitische Polonaise

Die Große Koalition ist gerüstet für das Wahljahr 2009 – und eine Einigung über die Verlegung von Rosenmontag auf den 27. September ist nur noch drei oder vier Sitzungen des Koalitionsausschusses entfernt.

Ein Müllermeister im Problembärenkostüm, der zuletzt unter dem Tarnnamen „Bundeswirtschaftsminister" in Berlin sein Unwesen trieb, hat sich dem bunten Treiben nun leider vor Eröffnung der Partysaison entzogen. Trotzdem bleibt sein versuchter Rücktrittsversuch sicher ein Highlight deutschen Humorschaffens im Superspaßjahr 2009. Wie es sich für guten Karnevalshumor gehört, wurden alle Autoritäten ordentlich auf die Schippe genommen. Die Kanzlerin konnte sich nicht kümmern, sie blätterte noch im Handbuch für leitende Angestellte unter „R", fand aber die Richtlinienkompetenz nicht. Der Sonnenkönig musste auf der Münchener Wehrkundetagung seinen Vortrag über „Die Bayerische Marine – Garant der Sicherheit im Tegernsee" unterbrechen, um darzulegen, dass ein Rücktritt nicht immer mit Zurücktreten gleichzusetzen ist. Und ein Freiherr muss es nun ausbaden.

Auch in anderen Ländern ist die CDU schon gut auf die Wahlen vorbereitet. Sven Petke versprach den Brandenburgern neue Lebensfreude durch Wahl einer CDU-Regierung. „Je besser Brandenburg regiert wird, desto mehr Menschen werden vielleicht sagten: Lass uns ein zweites, drittes, viertes oder fünftes Kind machen." Das ist eine schlagkräftige Kombination aus Neuwählerwerbung, Konjunkturprogramm und Demographiepolitik, die sicher die goldene Pappnase verdient hat.

Die SPD kann bei diesem Feuerwerk kaum mehr mithalten. Nachdem Versuche mit Zahlenmystik („23 – nichts ist wie es scheint") und Eschatologie („Das Neue Jahrzehnt – Die Politik der Zeitenwende") nicht den gewünschten Erfolg brachten, werden nun neue, nüchterne Wege gesucht.

Das gilt auf Bundesebene, wo Verkehrsminister Tiefensee – in Freundes- wie in Feindeskreisen als „Pfütze" bekannt – trockene Ironie zum Einsatz brachte. Nach zehntausenden von Überwachungsmaßnahmen ließ er nur ein „Wir haben alles unter Kontrolle" vom Stapel. Das ist angesichts des Falles und seiner eigenen Führungsstärke eine gekonnt gesetzte Doppelspitze. Wenn die SPD weiter auf diese Weise für sich wirbt, kann Fußballmetaphernfan Müntefering am Ende des Jahres sicher verkünden: „Die Null steht". Auch das ist dann interpretationsoffen.

Auf Landesebene kann die SPD noch nicht voll überzeugen. In Erfurt und Saarbrücken müssen wohl zunächst noch die Lachsalven verhallen, die von den dortigen Koalitionsstrategen (Saarland: „Wir koalieren mit der PDS, aber nur, wenn die sich nicht größer machen als wir klein sind". Thüringen: „Wir auch nicht, aber umgekehrt unter anderen Vorzeichen") ausgelöst wurden. Spätestens am Wahltag dürfte es soweit sein. Dann ist Raum für neue Ideen und in kleinen Gruppen denkt es sich ja auch besser.

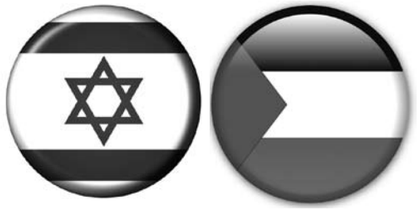
Zumal die Misere unverschuldet ist

Einzig Klaus Wowereit arbeitet konsequent an seinem Image als werdender Kanzler. Bisher als Bling-Bling-Bürgermeister mit einem Hang zum Stars-Busseln verschrien, hat er nun das Drehbuch für „Arm aber Sexy II – Wasser und Brot" auf den Markt gebracht. Der Plot ist noch nicht völlig ausgreift, erste Reaktionen aus Babelsberg waren negativ. Aber die unvergleichliche Mischung einfacher Elemente wie Brot und Butter, sowie die Starbesetzung mit dem Bezwinger aller Rosinenbomber garantieren den Kassenerfolg 2011.

Man kann sehen: Die Volksparteien sind gerüstet! Der zunächst intern erprobten Mitgliedervertreibung folgt nun die Wählerverscheuchung. Auch als Große Koalition muss man schließlich auf Exklusivität achten.

Da könnte einem Guido Westerwelle, wäre er nicht Guido Westerwelle, schon fast leidtun. So nah dran, und er darf das Wort „Achtzehn" nicht mehr sagen. Da wird's dann wohl wieder nur ein Trostpreis für das älteste Jungtalent aller Zeiten.

Tilo Fuchs



Beide Seiten sehen

Franziska Eichstädt-Bohlig ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin. Am 11. Januar 2009 hielt sie auf dem Breitscheidplatz eine Rede an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration „Solidarität für Israel". Für ihre Worte wurde sie ausgepfiffen.

Stachlige Argumente:
Du hast Dich in die Diskussion um den Gaza-Krieg eingebracht, obwohl von Bündnis 90/Die Grünen bis dato sehr wenig zu hören war. Ist außenpolitisch jetzt mit Berlins Fraktionsvorsitzender immer zu rechnen?

Franziska Eichstädt-Bohlig:
Es wäre falsch gewesen, die Grünen auf einer solchen Demonstration nicht zu vertreten. Und weil die Bundestagsfraktion auf Klausurtagung war, habe ich mich bereit erklärt, dort zu sprechen. Ich habe gleich klar gemacht, dass ich mich dort offen für Ausgleich und Versöhnung aussprechen werde.

Stachlige Argumente:
Du hast vor Ort kritische Töne gefunden und bist dafür ausgebuht worden.

Franziska Eichstädt-Bohlig:
Ich habe meine Solidarität mit Israel und der jüdischen Gemeinschaft erklärt. Aber ich kann keine einseitige Rede halten – da habe ich von vornherein mit offenen Karten gespielt. Das Existenzrecht Israels beinhaltet für mich gleichzeitig, dass es auch das Existenzrecht für die Palästinenser geben muss, beides hängt miteinander zusammen. Aber Ausgewogenheit kam dort nicht gut an. Ich wurde ausgepfiffen.

Stachlige Argumente:
Wie fühlt man sich in so einem Moment?

Franziska Eichstädt-Bohlig:
Ich wusste, dass es eine sehr anstrengende Rede wird. Aber man muss für den Ausgleich und die Betrachtung beider Seiten werben. Natürlich habe ich die Strategie der Hamas mit scharfen Worten verurteilt. Aber der Blick muss in beide Richtungen gehen. Und Lala Süßkind, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, hat dafür geworben, dass man in der Demokratie auch reden kann, wenn man etwas Kritisches zu Israel sagt.

Stachlige Argumente:
Warum gab es so lange keine vernehmliche Position von Bündnis 90/Die Grünen?

Franziska Eichstädt-Bohlig: Eigenartig, dass ich dadurch die erste war. Normalerweise äußere ich mich als Lokalpolitikerin öffentlich gar nicht zu internationalen Themen. Als dann angekündigt wurde, ich würde auf der Demo reden, sagten viele: „Die Eichstädt spricht pro Israel". Viele haben erst hinterher gemerkt, dass ich der differenzierten Betrachtungsweise des Nahost-Konfliktes Rechnung tragen wollte.

Stachlige Argumente:
Ein bewusster Schritt, um dieser Meinung Öffentlichkeit zu verschaffen?

Franziska Eichstädt-Bohlig:
Es ist ja nicht so, dass es von grüner Seite gar nichts zu dem Thema gegeben hat. Kerstin Müller, Daniel Cohn-Bendit ...

Stachlige Argumente:
... aber erst auf dem Dortmunder Parteitag, als von Israel und der Hamas der Waffenstillstand erklärt worden war ...

Franziska Eichstädt-Bohlig:
... und auch Claudia Roth haben dazu Positionen veröffentlicht. Dazu kommt, dass die Beschäftigung mit der Konjunkturkrise derzeit deutlich Vorrang hat. So kam die Anfrage an mich. Ich habe mich mit etlichen abgestimmt und auch positive Rückmeldungen erhalten, etwa von Jerzy Montag, dem Vorsitzenden der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe im Bundestag.

Stachlige Argumente:
Haben wir ein Diskussionsdefizit, was den Nahost-Konflikt betrifft?

Franziska Eichstädt-Bohlig:
Wir müssen die Debatte weiter führen. Wir Grünen werden uns immer für das Lebensrecht Israels einsetzen, dabei aber ebenso für das Existenzrecht der Palästinenser streiten. Nur in friedlicher Koexistenz wird der Nahe Osten eines – leider noch zu fernen – Tages zur Ruhe kommen. Ich glaube nicht, dass wir hier ein Diskussionsdefizit haben, aber wichtig ist es, dass wir unsere Position in so wichtigen Situationen wie dem Gaza-Krieg laut und deutlich in die Öffentlichkeit tragen.

Das Gespräch führten André Stephan und Ronald Wenke
mehr unter www.gruene-fraktion-berlin.de

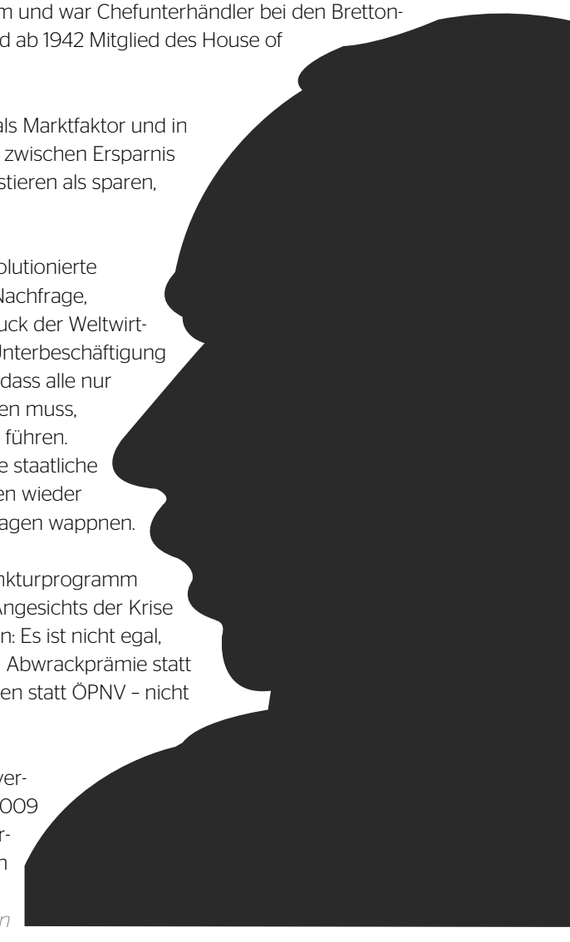
John Maynard Keynes

Der Vater aller Konjunkturpakete

„Ökonomen machen es sich zu leicht, wenn sie uns in stürmischen Zeiten nicht mehr zu erzählen haben, als dass der Ozean wieder ruhig ist, wenn sich der Sturm gelegt hat", stellte Keynes 1923 fest. Im Tsunami der Finanzkrise sitzen alle in seinem Boot.

John Maynard Keynes wurde 1883 in Cambridge geboren. Seine Mutter war eine der ersten Akademikerinnen des Landes und später Bürgermeisterin von Cambridge und sein Vater Volkswirtschaftsprofessor. Keynes studierte Mathematik, Philosophie und Ökonomie und lehrte ab 1912 als Professor am Kings College Cambridge.

Während des ersten Weltkrieges arbeitete er im Finanzministerium, für das er schließlich in Versaille mitverhandelte. Von dem Verhandlungsverlauf enttäuscht, gab er seinen Posten unter Protest auf. In den Reparationszahlungen, die Deutschland auferlegt wurden, sah er keine Aussicht auf europäische Integration, sondern vielmehr eine Ursache für zukünftigen Militarismus. Im zweiten Weltkrieg ging er zurück ins Finanzministerium und war Chefunterhändler bei den Bretton-Woods-Verhandlungen 1944. Keynes war Mitglied der Liberal Party und ab 1942 Mitglied des House of Lords. Er starb 1946.



Mit „A Treatise on Probability" (1921) behandelte er die Unsicherheit als Marktfaktor und in „Treatise on Money" (1930) wandte er diesen Faktor auf das Verhältnis zwischen Ersparnis und Investition an. Wenn Marktteilnehmer unsicher sind, weniger investieren als sparen, schrumpft die Wirtschaft und die Einkommen sinken.

Mit „General Theory of Employment, Interest and Money" (1936) revolutionierte Keynes die Ökonomie. Er war überzeugt, dass nicht das Angebot die Nachfrage, sondern vielmehr die Nachfrage das Angebot regelt. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise stellte er fest: Die Wirtschaft kann auch bei andauernder Unterbeschäftigung stagnieren. In der Krise kann die Liquiditätspräferenz so groß werden, dass alle nur noch Geld horten, das Wirtschaftsleben erlahmt und der Staat eingreifen muss, um die Wirtschaft aus dem „Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung" zu führen. Keynes plädierte für kurzfristiges deficit spending, also kreditfinanzierte staatliche Investitionen – allerdings nur in Zeiten der Stagnation bis das Vertrauen wieder hergestellt ist. Und für zukünftige Krisen muss der Staat sich mit Rücklagen wappnen.

Das war 1936. Heute setzt eine CDU-Kanzlerin auf das größte Konjunkturprogramm der bundesdeutschen Geschichte und einen neuen Schuldenrekord. Angesichts der Krise sind Investitionen zu begrüßen, aber hier muss Keynes ergänzt werden: Es ist nicht egal, in was investiert wird. Von ökologisch, sozial und nachhaltig kann – bei Abwrackprämie statt moderner Technologie, Steuersenkungen statt ALG II-Erhöhung, Straßen statt ÖPNV – nicht die Rede sein.

Der Bund der Steuerzahler hat berechnet, dass sich die Gesamtneuverschuldung pro Sekunde derzeit von 474 Euro auf 4439 Euro im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr fast verzehnfacht. Die Bundesregierung erwartet als Ergebnis der Konjunkturpakete eine Abmilderung der Rezession um 0,5 bis 0,8 Prozent.

Katrin Langenbein

Nur per Flugzeug in den Westen

Stachlige Argumente:
Hans-Christian, die Teilung Deutschlands hat in Deinem Leben immer wieder eine Rolle gespielt. Welche Erwartungen hast Du an die Entwicklungen in der DDR gehabt?

Hans-Christian Ströbele:
Ich bin vor fast 48 Jahren, gleich nach dem Bau der Mauer, nach Berlin gekommen und hier hängengeblieben. Die Teilung in zwei deutsche Staaten hat natürlich auch auf mein Leben Auswirkungen gehabt.

Die Besuche in Ostberlin, der Ärger an der Grenze, wenn wir nachts nach dem Besuch bei Freunden zu spät kamen, dann die Einreiseverbote und schließlich die Kontakte zur Umweltbibliothek. Als Jurastudent war ich auch schon mal Kurier zur Fluchthilfe, bei der es darum ging, Verlobte oder Familienangehörige wieder zusammenzubringen.

In APO-Zeiten wurden wir häufig polemisch aufgefordert: „Geht doch nach drüben! Ab über die Mauer!" Aber wir hatten mit diesem „Realsozialismus" nichts am Hut. Für die Neue Linke war es ein Sozialismus zum Abgewöhnen, alles andere als ein erstrebenswertes Vorbild. Die Realität der DDR und der Mauer sind bis heute auch Hindernisse auf dem Weg zur Entwicklung sozialistischer Visionen und konkreter Perspektiven. Jahrelang durfte ich nicht nach Ostberlin einreisen, zeitweise nicht einmal die Transitwege benutzen und musste bei Reisen in den Westen fliegen. Die Unterstützung der Opposition nicht nur in der DDR, sondern beispielsweise auch 1968 in Prag war wichtig. Die Aufbruchstimmung im Prager Frühling habe ich eine Woche lang begeistert miterlebt. „Widerstand in Ost und West" war die Parole.

Stachlige Argumente:
Wie hast Du die Wende erlebt?

Hans-Christian Ströbele:
Die Wende hat auch mich völlig überrascht. Bei der größten Oppositionsdemo im Herbst 89 war ich am Alex dabei, aber mehr als verwunderter und begeisterter Beobachter aus Westberlin. Ich dachte, jetzt wird die demokratische Opposition in der DDR die Regierung übernehmen. Aber daraus ist ja nichts geworden. Die Bevölkerung wollte es wohl anders und die rasche Vereinigung mit der Bundesrepublik.

Ich habe die überschnelle deutsche Vereinigung damals kritisch gesehen. Viele Abwicklungen von Betrieben, diese gigantische Deindustrialisierung musste so nicht sein. Immer wieder hat sich bestätigt, dass Interessen westdeutscher Firmen an der Erschließung neuer Absatzmärkte und am eigenen Profit dahinter steckten. Es ging auch darum, Konkurrenten loszuwerden. Ich habe DDR-Firmen, wie den durchaus konkurrenzfähigen Glühlampenhersteller Narva in Ostberlin, als Anwalt beraten. Ich hatte gehofft, Belegschaften würde ihr Werk selbst übernehmen und weiter betreiben. Aber daraus wurde leider nichts. Eine Entwicklung mit mehr Willen zur Macht und mehr Durchsetzungskraft der DDR-Opposition wären für die Bevölkerung langfristig vermutlich besser gewesen, statt dem Kohl alles zu überlassen.

Stachlige Argumente:
Zur Zeit der Wende warst du Bundesvorsitzender der Grünen. Wie lief nach der Wende der Fusionsprozess von Grünen und Bündnis 90?

Hans-Christian Ströbele:
Die Annäherung der unterschiedlichen DDR-Bürgerrechtsgruppen und der Grünen war komplizierter als manche glauben. Viele Stunden und manche Nacht habe ich auf Versammlungen des Neuen Forums oder in Verhandlungsrunden mit allen Gruppen verbracht. Es war ein wohlwollendes und respektvolles Beäugen und Abtasten. Die siegreichen Bürgerrechtler stellten auch Forderungen. Sie waren voller Selbstbewusstsein und wollten keinesfalls von den Grünen vereinnahmt werden. So verlangten sie, selbständig zur Bundestagswahl mit eigener 5-Prozent-Klausel für das

Hans-Christian Ströbele

DDR-Gebiet antreten zu können. Deshalb haben Grüne aus dem Westen und Bündnis 90 für den Osten das Bundesverfassungsgericht bemüht. Mit dem „Erfolg", dass Bündnis 90 in den Bundestag kamen und die Grünen nicht. Das Buch über das schwierige Zusammenkommen muss erst noch geschrieben werden.

Stachlige Argumente:
Du hast das erste grüne Direktmandat geholt und das in einem Ost-West-Wahlkreis. Wenn Du den Menschen in Deinem Wahlkreis begegnest, merkt man eigentlich noch Unterschiede zwischen „Ossis" und „Wessis"? Gibt es andere Erwartungen an Dich?

Hans-Christian Ströbele:
Zuweilen schon, gerade bei den älteren. Bei jüngeren seltener. Die Bevölkerungsstruktur ist gerade in weiten Kreisen dieses Wahlkreises in ständigem Wandel. Viele Menschen, gerade jüngere, sind in Friedrichshain und Prenzlauer Berg zugezogen. Allen gemeinsam ist, dass sie sich Politiker und Abgeordnete wünschen, die zu dem stehen, was sie sagen. Erst danach kommt der Hinweis auf die jeweilige politische Position. Das höre ich immer wieder. Erst rechtfertigen, ist die meistgenannte Erwartung an Politiker.

Stachlige Argumente:
Nach der Bezirksfusion 2001 ist in Friedrichshain-Kreuzberg die administrative Einheit vollzogen worden. Verbindet beide Bezirke mehr als die Oberbaumbrücke?

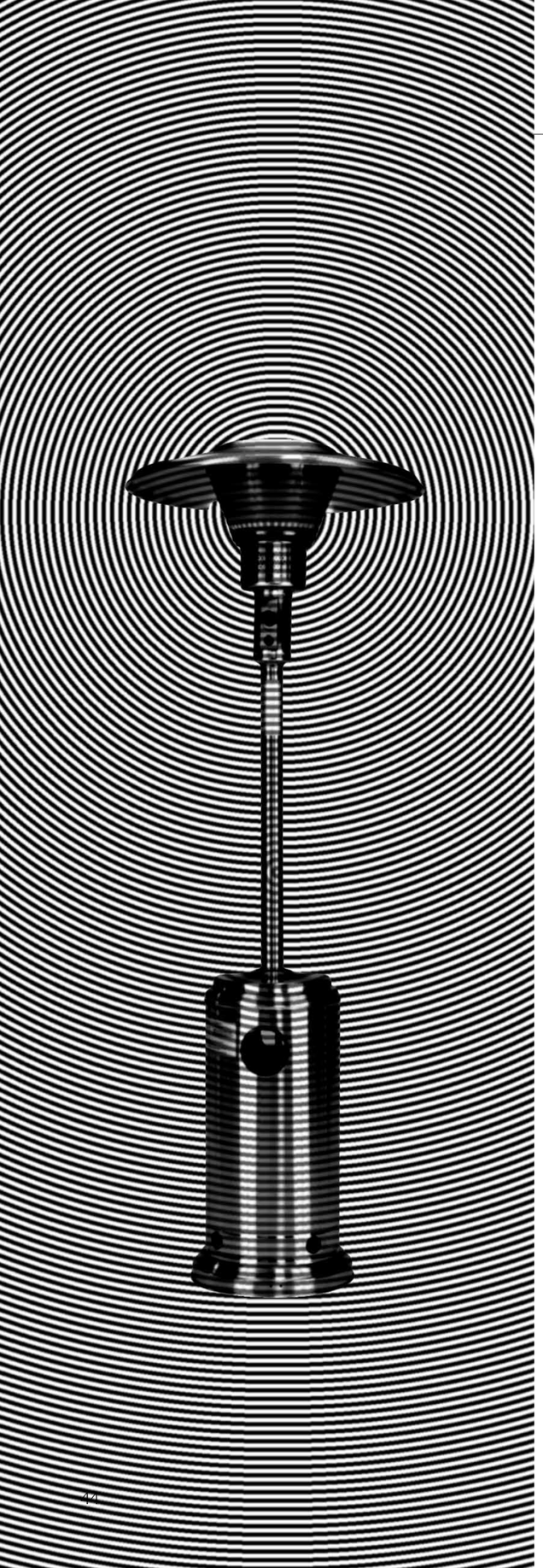
Hans-Christian Ströbele:
Aber sicher! Inzwischen wird das auch immer sichtbarer. Viele Bürgerinnen und Bürger in Kreuzberg und Friedrichshain haben vieles gemeinsam. Sie sind so wach und selbstbewusst, dass sie immer wieder die notwendigen Veränderungen in der Politik in ihrem Bezirk selbst in die Hand nehmen. Proteste gegen Baumfällungen, gegen die Fehlentwicklung bei der Bebauung des Spreeufers oder gegen Naziumtriebe und homophobe Gewalt zeigen dies, ebenso wie die Demonstrationen für die Erhaltung von RAW und Bethanien. Diese Protest- und Bewegungskultur ist ja schon bundesweit sprichwörtlich geworden. Gemüseschlachten auf der Oberbaumbrücke, die ja als Protest gegen die Bezirksfusion geboren wurde, haben in den Jahren, als sie noch stattfanden, augenzwinkernd mehr Gemeinsames als Trennendes bezeugt.

Die Spree und die Bebauung des Ufers verbindet als gemeinsames Thema inzwischen mehr als jede Brücke. Es gibt durchaus noch typische unterschiedliche Sichtweisen und Gewohnheiten. Aber durch Begegnungen und vor allem durch den immensen Bevölkerungsaustausch werden Lebensart, Wohngemeinschaften, Kneipenkultur oder Künstlerszene und Kulturbetrieb immer ähnlicher und ähnlich reichhaltiger.

Im ganzen Bezirk schlägt das alternative progressive Herz Berlins. Vollständigkeitshalber füge ich hinzu, dass dieser Gürtel besonderer Eigenart des Lebens, der Gastlichkeit und Kultur nicht an der Grenze des Bezirks halt macht, sondern sich fortsetzt bis weit auf den Prenzelberg. Gerade weil mein Wahlkreis 84 ja auch Prenzlauer Berg Ost umfasst, sage ich das gerne.

Stachlige Argumente:
Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führten
Katrin Langenbein und Ronald Wenke



Heizpilze : Gift fürs Klima

Wir heizen doch nicht für draußen!

Für Energieeinsparung und Klimaschutz werden pro Jahr viele Millionen Euro in die Gebäudesanierung investiert. Gleichzeitig werden in Berlin Heizpilze und elektrische Wärmestrahler für die Außengastronomie aufgestellt. Bei maximaler Leistung stoßen diese Energiefresser bis zu 3,5 kg CO2 aus, bei 5000 Heizpilzen in der Stadt sind das 10 000 zusätzliche Tonnen CO2, was einer Jahresemission von 5000 Autos entspricht.

Ein besonders krasser Beitrag zum Klimaproblem – das musste Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Die Linke) schon im April 2007 auf Anfrage der Bündnisgrünen einräumen. Aber gegen die Klimakiller vorgehen will sie nicht. Auf den bündnisgrünen Antrag, im Berliner Energiespargesetz das Beheizen von Außenflächen zu untersagen und damit Heizpilze und Wärmestrahler berlinweit zu verbieten, hat sie bis heute nicht reagiert.

Im Winter 2007 verteilten Bündnis 90/Die Grünen in Berliner Gaststätten und Kneipen Postkarten mit zweisprachiger Information zum klimaschädlichen „Giftpilz". Die Aktion fand ein großes Medienecho, stieß aber auch bei vielen Gastronomen und Gästen auf positive Resonanz. Im Dezember 2008 wurde die Postkartenaktion in Pankow, Mitte, Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg wiederholt… nicht zuletzt, um die Bezirksämter in der Innenstadt zu unterstützen, die dem Heizpilz den Kampf angesagt hatten.

Der Kollwitzplatz in Pankow ist fast heizpilzfrei, das konnte der bündnisgrüne Stadtrat Jens-Holger Kirchner stolz vorführen, als sich AktivistInnen vor Ort zur Verteilung der Giftpilz-Postkarten trafen. In einer Mischung aus Ordnungsrecht und Kooperationsangebot war es ihm gelungen, nicht nur die Heizpilze zu verbannen, sondern bei den GastwirtInnen auch für sein „Smiley-System" – d.h. für mehr Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit – zu werben.

Mit kleinen Schokoladentäfelchen bedankten sich Bündnis 90/Die Grünen bei den Gästen am Kollwitzplatz dafür, dass sie ihren Kaffee im Winter nicht draußen trinken, auf den Heizpilz verzichten und damit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Das sorgte selbst bei den RaucherInnen, die bei kalt-feuchtem Wetter vor den Kneipen an ihren Zigaretten zogen, kurzzeitig für heitere Stimmung. Zufrieden zog die bündnisgrüne Aktionsgruppe mit Giftpilz-Postkarten und Schokolade Richtung Mitte.

Mitte ist Schitte – so lautet der ketzerische Refrain des Kultliedes des Weddinger Primetime-Theaters in der Müllerstraße. Zumindest was die Heizpilze angeht, liegen die Weddinger Theaterleute wohl richtig. Denn während Pankow den Kampf gegen die Klimakiller-pilze (fast) gewonnen hat, scheint Mitte das Serengeti für Heizpilze zu sein. Zwischen Hackescher Markt und Friedrichstraße wird nach wie vor Gasflasche um Gasflasche verfeuert, besonders gern unter inzwischen ebenfalls verbotenen Plastikplanen und unter jeglicher Missachtung des Brandschutzes.

Völlig überrascht schien das Bezirksamt Mitte, als bei den diesjährigen Weihnachtsmärkten eine fast himmlische Wärme war – leider nur aufgrund Dutzender Heizpilze. Deren Verbot hatte das Bezirksamt bei der Genehmigung der Weihnachtsmärkte vergessen. So wird es wohl noch eine Weile dauern, bis sich der Wunsch eines Falafelladen-Mitarbeiters in der Linienstraße erfüllen wird. Der hofft nämlich auf ein schnelles Heizpilz-Verbot, weil es ihm einfach weh tut mit anzusehen, wie sein Chef pro Monat 900 Euro in die Außenluft verheizt, ihm aber jede Gehaltserhöhung verweigere. Unsozial sind die Dinger also auch noch!

Der Winterfeldtmarkt hat die höchste Kneipendichte in Schöneberg und war Treffpunkt der bündnis-grünen „UmweltretterInnen". Ihre Mission: Gäste und Kneipenwirte vom Leben ohne Heizpilz zu überzeugen und als Anreiz und Dank Schokoladentäfelchen zu verteilen. Die Ausgangsstimmung war schlecht. Im Bezirk Mitte war der Aktion Ablehnung, ja Feindschaft entgegengeschlagen, ähnliches befürchtet man auch hier. Aber es kam anders. Die Argumente gegen die Heizpilze wurden von den Kneipengästen positiv aufgenommen, die bündnisgrüne Aktion gelobt und die süße Belohnung für ein heizpilzfreies Leben gut gelaunt entgegengenommen. Die Stimmung der drei Anti-Heizpilz-Aktivisten hellte sich deutlich auf. Auch bei den Wirten und beim Personal kamen die Argumente gegen den Pilz und für den Klimaschutz sehr gut an.

Nur wenige Lokale wurden nicht betreten, da finster guckende Männer um Heizpilze standen und eine aggressive Auseinandersetzung drohte. Dass noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist, zeigte sich auch zum Abschluss der Aktion: Eine Restaurantwirtin berichtete stolz, dass sie auf Heizpilze verzichtet und dafür Heizstrahler angeschafft hat.

Es war ein Wetter in Friedrichshain, bei dem mensch eigentlich keine RaucherIn vor die Tür jagen würde. Grauer Himmel, kalter Wind und dazwischen die zahlreichen Heizpilze des Simon-Dach-Kiezes. Entsprechend befürchteten die Mitglieder aus der Bezirksgruppe Frieke, dass sich die Menschen Wärme suchend um die Pilze scharen und jeden verjagen, der gegen Heizpilze ist oder die Giftpilz-Postkarten gleich zum Feuer machen verwenden würden. Doch es kam ganz anders an diesem Samstagmorgen: Fast alle nahmen die Info-Postkarten begeistert entgegen, einige baten sogar um weitere Karten für Freundinnen und Freunde. Viele sagten: Super, dass endlich jemand was gegen diese Dinger macht! Die sind absoluter Klima-irrsinn und völlig überflüssig!

Und noch etwas war bemerkenswert: Nicht wenige Menschen verstanden die Postkarte als Aktion gegen den klimafaulen rot-roten Berliner Senat, der sich einem berlinweiten Heizpilz-Verbot verschließt. Zu hoffen ist, dass viele Giftpilz-Karten beim Regierenden Bürgermeister Wowereit und Co. angekommen sind, denn der rot-rote Senat verhält sich beim Thema Klimaschutz wie ein Heizpilz: Er produziert nur heiße Luft und verbraucht dabei viel Energie!

Felicitas Kubala, MdA
Stephan von Dassel, Stadtrat, Bericht aus Mitte
Jasenka Villbrandt, MdA, Bericht aus Schöneberg
Boris Jarosch, Bericht aus Friedrichshain

Replay the Revolution
20 Jahre Pups mit Banane

Ihr Lieben,

ich werde nie den Tag vergessen, als mein früh emanzipierter Vater vom Einkaufen nach Hause kam und knapp verkündete: „Aldi ist alle." Gemeint war ein Mangel vieler Konsumgüter, allen voran derer, die irgendwie lecker waren. Mein Recht auf die alltägliche Exotik war weg, nur noch Hugo Egon Balders „Tutti Frutti" bot wöchentliche Exotik und selbst die wurde von mir ferngehalten, weil ich mit Möpsen unbedingt weiterhin Vierbeiner assoziieren sollte. Jede Menge gab es dafür: Blumenkohl, Rosenkohl, Helmut Kohl, Brokkolikohl, Weißkohl, Rotkohl – alles, was der Ossi immer schon hatte oder jetzt gezwungener Maßen nehmen musste. Die Revolution fraß meine Bananen, Aldi ist alle = Ossi isst alles! Spitze Erich.

Es war Ende November 1989 und ich hasste Kohl, diese, meine Tragödie des Mauerfalls. Was Freiheit für die einen bedeutete, hieß für mich Blähungen und Mundgeruch (Kaugummi war natürlich auch alle). Erst später versöhnte ich mich mit Honecker, als ich empirisch versuchte der Legende auf den Grund zu gehen, Ossis seien besser im Bett. (Die Legende ein Schwindel, meine Pubertät gerettet.)

Doch zurück zu den Bananen. Der Bananenmangel sagt uns ja mehr. Nämlich, dass die ganze Welt Bananen kaufen wollte. Billig billig billig, Begrüßungsgeld reicht ja nicht ewig. Was uns mit zwei DM verzückte, hieß für die Bauern am anderen Ende der Welt Ausbeutung, Armut und Not zur Feier von 40 Jahren Menschenrechte. Gratulation.

Das war damals, das ist heute. Wir dürfen 20 Jahre Mauerfall feiern: Die Freiheit eines unterdrückten Volkes, die Zusammenführung von dem, was zusammengehört und das Ende einer Diktatur, das ist so viel Grund zum Feiern, dass sich die Parteien schon beharken, wem die Wiedervereinigung eigentlich gehört. Kohls Mädchen gegen Willys Münte, ein Fest.

Aber was feiern die anderen? Wir kaufen immer noch billig, ohne uns über die sozialen und ökologischen Folgen Gedanken zu machen. Wir demonstrieren für Frieden und Freiheit, untersagen der Freiheit aber den Gang durch unser OOPortemonnaie. Getreu dem Motto: „Panama bombardieren ist doof, Panama ausbeuten ok".

So funktioniert das nur leider nicht. Wenn wir in diesem Jahr auch 60 Jahre Menschenrechte feiern wollen, dann müssen wir uns das verdienen. Anstatt sich ausschließlich in Feiern zu ergeben, sich selbst zu belügen und mahnend Krieg und Unterdrückung zu verurteilen, muss die Weltgemeinschaft im Alltäglichen handeln, allen voran das Geiz-ist-geil-Volk: Deutschland.

Wenn eine Mauerfrau „Im Land der Ideen" gesamtdeutsche „Du bist Deutschland"-Kanzlerin werden kann, dann muss es doch möglich sein, einem Menschen am anderen Ende der Welt sein Menschenrecht zuzugestehen. Wir brauchen eine Konsumrevolution, weitere Mauern müssen eingerissen werden, unser tägliches Verhalten bestimmt die Entwicklung der restlichen Welt. Nicht aus Gutmenschentum, sondern aus einem Gerechtigkeitsverständnis und der egoistisch-realen Erkenntnis, dass wir ohne „die anderen" nicht leben können.

Es ist Ende Dezember 2008 und obwohl sich mein Verhältnis zu Kohl stabilisiert hat (ich empfehle ungemahlenen Kümmel als Beitrag der olfaktorischen Menschenrechte!), esse ich doch eine Banane, kröne das ganze mit einem Kaugummi und einem Date im Osten der Stadt. Wir haben es einmal geschafft. Machen wir es einfach noch mal.

In diesem Sinne euch einen wunderbaren Start in ein aufregendes und spannendes Wahljahr 2009, seien wir obamaesk, starten wir die Revolution.

Holger Michel

Zu Öczan Mutlu: Ja zum Ethikfach – ja zum freiwilligen Religionsunterricht und dem Einspruch von Nickel v. Neumann:

Das gute alte „Es möge jeder nach seiner Façon selig werden" funktioniert nur dann, wenn es eine Grundlage gibt, auf der alle gemeinsam stehen. Und diese kann nicht die jeweilige religiöse Überzeugung sein – denn um deren Verschiedenheit ging es ja gerade im Toleranzedikt – sondern nur ein geteilter Wertekanon, auf dessen Basis unser Gemeinwesen und damit auch seine staatlichen und öffentlichen Ausprägungen bis hin zum Unterricht an allgemeinbildenden staatlichen Schule fußen. Diesen zu vermitteln stützt das Gemeinwesen und auch die Freiheit der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Dazu trägt auch der Ethikunterricht bei. [...]

Mein Fazit: Nein, es stünde Bündnis 90/Die Grünen definitiv nicht gut an, sich stark zu machen für eine Kampagne, die den Begriff der „Wahlfreiheit" ins Feld führt, aber Zwang meint, und von „monopolisierter Staatsethik" spricht, wo es um die (hoffentlich) unangefochtenen Grundlagen unseres Zusammenlebens in einer immer komplexer und heterogener werdenden Welt geht, wie der Gleichberechtigung der Geschlechter, des Grundprinzips der Meinungs- und Religionsfreiheit und vieles mehr. Es stünde uns besser an, deutlich Position zu beziehen für einen Erhalt des Status Quo: Ein Schulfach Ethik in der Mittelstufe (Sozialkunde wäre auch eine Option) und die Möglichkeit der bekenntnisorientierten Unterweisung für die, die dies wünschen, in der Schule. Mehr brauchen wir nicht.

Anja Schillhaneck

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe – bitte mit Anschrift elektronisch zusenden - gekürzt zu veröffentlichen. LeserInnenbriefe spiegeln nicht die Meinung der Redaktion, sondern die Meinung der Zusendenden.

14. März
Landesdelegiertenkonferenz
Jerusalemkirche, Lindenstraße 85
12 Uhr

13. und 14. März
Kongress „60 Jahre Grundgesetz - Fundamente der Freiheit stärken"
Eine Veranstaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag
Anmeldung und Info unter www.gruene-bundestag.de

15. März
Umweltkonferenz:
Mit Klimaschutz aus der Krise - grüne Investitionen, grüne Arbeit!
Eine Veranstaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8
Anmeldung und Info unter www.gruene-bundestag.de

24. März
Migrationspolitischer Frühjahrsempfang der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus
Abgeordnetenhaus, Festsaal
19 Uhr

26. März
„Wirtschaftstage Steglitz-Zehlendorf",
Wrangelschlößchen, Schloßstraße 48
19 Uhr

25. April
„Mit Behinderung(en) muss gerechnet werden" Eine Veranstaltung von Jasenka Villbrandt, MdA und der BAG Behindertenpolitik
Abgeordnetenhaus
10-18 Uhr

8. bis 10. Mai
Bundesdelegiertenkonferenz
Velodrom Berlin

Impressum

Stachlige Argumente 31. Jahrgang Heft 1/2009 Nr. 173

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin

Redaktion (V.i.s.d.P): Christine Dörner, Katrin Langenbein, Ronald Wenke

Freie MitarbeiterInnen: Gotthard Lienecke, Djuke Nickelsen, Holger Michel, Rainer Milletat, Oliver Münchhoff, André Stephan. Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18:30 Uhr)

Ständige Mitarbeiterin: Petra Sonnenstuhl
Chef vom Dienst: Ronald Wenke

e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de

Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin, fon: 615 005 0 (Zentrale)
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden.
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 17. April 2009

Satz/Layout: Stephanie Heising
Druck: Oktoberdruck

Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich. Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder Einzelpreis 2,10 Euro.
Postgirokonto Berlin Nr. 524 66 -103, BLZ 100 100 00

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

KEIN NEUES KOHLEKRAFTWERK IN BERLIN!

Jetzt Unterschreiben! www.berlin-sagt-nein.de

green Berlin